



LINKE Medienpolitik

- Wer bestimmt unsere Meinung? *Seite 5*
- Rote Reporter beraten: Planung ist alles!? *Seite 14*



LINKE Friedenspolitik

- Über den Umgang mit der Bundeswehr *Seite 6*
- Parteiprogramm der LINKEN zur Thematik Krieg – Frieden *Seite 7*



LINKE Bundespolitik

- Agenda der Solidarität für eine inklusive Gesellschaft *Seite 5*
- Die Menschen wollen kein Weiter-so mehr *Seite 10*



Am 21. November 2016 stellten die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE und der Fraktion DIE LINKE im Bundestag Professor Dr. Christoph Butterwegge als Kandidat der LINKEN für das Amt des Bundespräsidenten vor (v.l.n.r.: Sahra Wagenknecht – Fraktionsvorsitzende, Bernd Riexinger – Parteivorsitzender, Christoph Butterwegge, Dietmar Bartsch – Fraktionsvorsitzender, Katja Kipping – Parteivorsitzende)

(Foto: Frank Schwarz, Fraktion DIE LINKE. im Bundestag)

Agenda der Solidarität für eine inklusive Gesellschaft

Armutsforscher Christoph Butterwegge ist Kandidat der Partei DIE LINKE für das Amt des Bundespräsidenten

Am 12. Februar 2017 wählt die 16. Bundesversammlung einen neuen Bundespräsidenten. Die Bundesversammlung ist ein nichtständiges Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland, dessen einzige Aufgabe es ist, den Bundespräsidenten zu wählen. Die 16. Bundesversammlung besteht aus den 630 Mitgliedern des Deutschen Bundestages und einer gleichen Zahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder gewählt werden – insgesamt also aus 1260 Mitgliedern. DIE LINKE ist durch 94 Mitglieder in der 16. Bundesversammlung vertreten. Professor Christoph Butterwegge bewirbt sich für DIE LINKE um das Amt des Bundespräsidenten.

DIE LINKE.

Kreisverband Oder-Spree

DOKUMENTIERT

Agenda der Solidarität für eine inklusive Gesellschaft

Beweggründe für meine Bewerbung um das Bundespräsidentenamt (Auszüge)



Prof. Dr. Christoph Butterwege stellt sich in der Fraktion DIE LINKE im Bundestag vor. Foto: Uwe Steinert

Mit meiner Kandidatur möchte ich die Öffentlichkeit für soziale Probleme sensibilisieren, denn obwohl die Gesellschaft immer stärker auseinanderfällt, nimmt das Establishment diesen Polarisierungsprozess nicht oder falsch wahr. Außerdem möchte ich der weiteren Zerstörung des Wohlfahrtsstaates durch neoliberale Reformen entgegenzutreten - gerade wird die Privatisierung der Autobahnen und damit ein neuerlicher Höhepunkt der Ökonomisierung und Kommerzialisierung aller Lebensbereiche vorbereitet - sowie jenen Teilen der Bevölkerung eine politische Stimme geben, die immer stärker ausgegrenzt werden ...

Meine politische Position: Wo und wofür ich stehe

Da die Spitzenpolitiker der etablierten Parteien gemeinsam die Mitte zu besetzen suchen, fühlen sich immer größere Bevölkerungsgruppen politisch nicht mehr repräsentiert. Rechtspopulisten können sich daher als Sprachrohr der sozial Benachteiligten, Abgehängten und Ausgegrenzten profilieren, obwohl sie ausweislich ihrer Programmatik die Interessen der wirtschaftlich Mächtigen, gesellschaftlich Privilegierten und politisch Einflussreichen vertreten.

Ich sehe mich als unermüdeten Mahner und Warner, der die politisch Verantwortlichen seit Jahrzehnten auf das auch sozialräumliche Auseinanderfallen der Gesellschaft hinweist, als so-

ziales Gewissen wirkt und mehr Solidarität innerhalb der Gesellschaft fordert. Mein zentrales Motto bilden Solidarität und soziale Gerechtigkeit, denn die von Bundespräsident Joachim Gauck aus biografischen Gründen besonders herausgehobene Freiheit kann nur gelebt werden, wenn man über die zu ihrer Nutzung erforderliche materielle Sicherheit verfügt, sei es aufgrund von Kapitalbesitz, Erwerbstätigkeit oder staatlichen Transfers. Genauso wichtig ist die Abwehr von Gewalt und Krieg, was Willy Brandt mit den Worten „Ohne Frieden ist alles nichts“ ausgedrückt hat.

Ich stehe für einen inklusiven Sozialstaat, der alle Bevölkerungsgruppen bestmöglich vor Standardlebensrisiken schützt, Armut wirksam bekämpft und durch Umverteilung von oben nach unten für sozialen Ausgleich sorgt, und bin im besten Sinne der Verteidigung von Bürgerrechten liberal und im Sinne der Verteidigung sozialer Errungenschaften konservativ, fühle mich aber gleichwohl als „ideeller Gesamtlinker“, der auch sozialdemokratische Programmtraditionen verkörpert und seit Jahrzehnten ökologische Zielsetzungen verfolgt. Außerdem halte ich außerparlamentarische Bewegungen wie die Friedens-, Frauen- und Ökologiebewegung, das globalisierungskritische Netzwerk attac, dessen wissenschaftlichem Beirat ich angehöre, den Bürgerprotest gegen Stuttgart 21, Occupy oder die jüngsten Massenproteste

gegen CETA, TTIP und TiSA als einen lebendigen Ausdruck der Demokratie für unverzichtbar.

Seit der jüngsten Krise wird immer mehr Menschen klar, dass Banken, Spekulanten und Wirtschaftslobbyisten im globalen Finanzmarktkapitalismus zu viel Einfluss auf die Regierungspolitik haben. Daher plädiere ich auch für mehr plebiszitäre Elemente (Referenden, Bürgerbegehren, Bürgerentscheide) in der Bundesrepublik. Demokratie ist mehr, als alle vier oder fünf Jahre zu einer Wahlurne zu gehen. Sie zu beleben ist viel zu wichtig, um diese Aufgabe allein den Parteien zu überlassen. Themen wie „Finanzkrise, Staatsschulden und Euro-Stabilisierung“, „Sozialstaatsentwicklung und Armut“, „Sicherung von Bürgerrechten und Demokratie“, sowie „Klimaschutz und Gewährleistung der Energieversorgung“ verlangen ein viel stärkeres gesellschaftspolitisches Engagement der Bürger/innen.

Die Demokratie ist nicht bloß durch die Macht der Finanzmarktakteure, sondern auch durch politische Apathie und die wachsende „Parteienverdrossenheit“ der Bürger/innen gefährdet. „Po-

litikverdrossenheit“ ist allerdings genauso wie „Wahlmüdigkeit“ ein irreführender Begriff, um die Reaktion der Betroffenen zu charakterisieren. Auch er schiebt die Schuld den angeblich davon Befehlenden zu, statt sie im politischen, Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu suchen. Tatsächlich handelt es sich um eine politische Repräsentationskrise, was daraus hervorgeht, dass die zunehmende Wahlabstinz sich nicht gleichmäßig über alle Schichten verteilt, sondern vorwiegend die Konsequenz einer randständigen bzw. prekären Existenz ist.

Vergleichbares gilt, wenn ethnischen, kulturellen oder religiösen Minderheiten demokratische Rechte vorenthalten oder ihre Angehörigen von Neonazis ermordet werden. Noch gefährlicher für die Demokratie sind rechtspopulistische Gruppierungen wie die „Alternative für Deutschland“ (AfD) oder die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida). Aber auch entsprechenden Stimmungen, Strömungen und Bestrebungen in der bürgerlichen Mitte gebührt Aufmerksamkeit und Wachsamkeit aller Demokrat(inn)en, wie die

Zur Person

Prof. Dr. Christoph Butterwege, geb. 1951, Dipl.-Sozialwissenschaftler, war von Januar 1998 bis Juli 2016 Hochschullehrer für Politikwissenschaft, Mitglied der Forschungsstelle für interkulturelle Studien (FiSt) und zeitweilig Geschäftsführender Direktor des Instituts für vergleichende Bildungsforschung und Sozialwissenschaften an der Universität zu Köln.

1970 in die SPD eingetreten, wurde er als Juso-Funktionär 1974/75 wegen eines in den Blättern für deutsche und internationale Politik veröffentlichten Artikels mit dem Titel „Die rechte Herausforderung“ aus der SPD

ausgeschlossen. Während der 1980er-Jahre wieder aufgenommen und in der Landesorganisation Bremen aktiv, trat er 2005 wegen Gerhard Schröders „Agenda 2010“, der Hartz-Gesetze und der Bildung einer Großen Koalition unter Angela Merkel (trotz einer rot-rot-grünen Bundestagsmehrheit) aus der SPD aus. Diese hatte sich während der rot-grünen Koalition so weit von ihren ursprünglichen Idealen (soziale Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität) entfernt, dass er keine Basis für eine Mitarbeit mehr sah. Seither gehört er keiner Partei an, stimmt aber häufiger mit Positionen der LINKEN überein.

Forschungsschwerpunkte

Friedensforschung und Rüstungskonversion; Sozialstaatsentwicklung und Armut; Rechtsextremismus, -populismus und

Rassismus; Migration und Integration; Globalisierung und Neoliberalismus; demografischer Wandel.

Sarrazin-Debatte zur Genüge unter Beweis gestellt hat.

Möglichkeiten zur Schaffung einer sozialen und inklusiven Gesellschaft

Linke Gesellschaftskritik ist bitter nötig, denn die Frage lautet: Wollen wir in einer Konkurrenzgesellschaft leben, die Leistungsdruck und Arbeitshetze weiter erhöht, die Erwerbs- und Wohnungslose, Alte, Menschen mit Behinderungen und andere Minderheiten ausgrenzt sowie Egoismus, Durchsetzungsfähigkeit und Rücksichtslosigkeit honoriert, sich jedoch über den Verfall von Sitte, Anstand und Moral wundert? Oder wollen wir in einer sozialen Bürgergesellschaft leben, die Kooperation statt Konkurrenzverhalten, die Verantwortungsbewusstsein, Mitmenschlichkeit und Respekt gegenüber Minderheiten statt Gleichgültigkeit und Elitebewusstsein fördert? ...

... Seit der „Agenda 2010“ und den sog. Hartz-Gesetzen herrscht soziale Eiseskälte in Deutschland. „Hartzler“ werden durch ein rigides Arbeitsmarkt- und Armutsregime ausgegrenzt, von großen Teilen der Bevölkerung verachtet und als „Drückeberger“, „Faulenzer“ und „Sozialschmarotzer“ verächtlich gemacht. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist durch die neoliberalen Reformen nachhaltig geschwächt worden. Wer ihn wieder stärken möchte und nicht bloß warme Worte für die Menschen

auf der Schattenseite unserer Hochleistungs- und Konkurrenzgesellschaft übrighat, muss die jahrzehntelange Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten beenden und für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen. Dazu sind die Wiedererhebung der Vermögensteuer, eine höhere Körperschaftsteuer, eine auch große Betriebsvermögen stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens heranziehende Erbschaftsteuer, ein progressiverer Einkommensteuertarif mit einem höheren Spitzensteuersatz und eine auf dem persönlichen Steuersatz basierende Kapitalertragsteuer nötig. Umgekehrt sollte die Mehrwertsteuer, von der Geringverdiener/innen und Transferleistungsbezieher/innen besonders hart getroffen werden, weil diese fast ihr gesamtes Einkommen in den Alltagskonsum stecken (müssen), niedriger sein ...

... An die Stelle der bisherigen Arbeitnehmer- muss eine allgemeine, einheitliche und solidarische Bürgerversicherung treten. Allgemein zu sein heißt, dass sie im Sinne einer Bürgersozialversicherung sämtliche dafür geeigneten Versicherungszweige übergreift: Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung müssten gemeinsam und nach denselben Organisationsprinzipien restrukturiert werden. Selbst aus rein taktischen Erwägungen ist es nicht sinnvoll, die öffentliche Debatte über eine Bürgerversicherung auf einen Versicherungszweig zu beschränken, wie es viele Befürworter/innen

dieser Reformoption tun. Hingegen stellt die Gesetzliche Unfallversicherung insofern einen Sonderfall dar, als sie sich nur aus Beiträgen der Arbeitgeber (und staatlichen Zuschüssen) speist ...

... Bürgerversicherung heißt, dass alle Personen aufgenommen werden, und zwar unabhängig davon, ob sie erwerbstätig sind oder nicht. Da sämtliche Wohnbürger/innen in das System einbezogen wären, blieben weder Selbstständige, Freiberufler/innen, Beamte, Abgeordnete und Minister noch Ausländer/innen mit Daueraufenthalt in der Bundesrepublik außen vor. Einerseits geht es darum, die Finanzierungsbasis des bestehenden Sozialsystems zu verbreitern, andererseits darum, den Kreis seiner Mitglieder zu erweitern. Denn ihre wichtigste Rechtfertigung erfährt die Bürgerversicherung dadurch, dass sie den längst fälligen Übergang zu einem die gesamte Wohnbevölkerung einbeziehenden, Solidarität im umfassendsten Sinn garantierenden Sicherheitssystem verwirklicht ...

... Eine solidarische Bürgerversicherung bedeutet keinen Systemwechsel. Vielmehr verschwände der Widerspruch, dass sich fast nur abhängig Beschäftigte im sozialen Sicherheitssystem befinden und auch nur bis zu einem Monatseinkommen von höchstens 6 200 Euro in Westdeutschland und 5 400 Euro in Ostdeutschland (2016). Über diese Bemessungsgrenze hinaus entrichten Versicherte (und ihre Arbeitgeber)

überhaupt keine Beiträge zur Sozialversicherung. Die Gesetzliche Kranken- und die Soziale Pflegeversicherung können sie bei Überschreiten der weit niedrigeren Versicherungspflicht- bzw. -fluchtgrenze sogar verlassen. Warum muss die Solidarität bei Löhnen und Gehältern in dieser Höhe enden? ...

... SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen orientieren im Gesundheitsbereich auf eine Bürgerversicherung. Diese könnte - so unterschiedlich die konkreten Vorstellungen hierzu auch (noch) sind - eine programmatische Basis, wenn nicht eine politische Brücke für ein fortschrittliches Bündnis oder eine R2G-Koalition nach der nächsten Bundestagswahl bilden. Aber wer auch immer die Regierung bildet: Die solidarische Bürgerversicherung und andere Projekte einer sozialen, humanen und demokratischen Fortentwicklung unserer Gesellschaft sind nur realisierbar, wenn eine breite Bürgerbewegung außerparlamentarischen Druck macht. Sonst setzen sich am Ende doch wieder mächtige Lobbygruppen durch.

- Vollständige Text: www.die-linke.de/die-linke/wahlen/bundespraesidentenwahl-2017/beweggruende/
- Video der Pressekonferenz zur Vorstellung von Christoph Butterwege: www.linksfraktion.de/themen/dossiers/christoph-butterwege/

Weihnachten versenken, Abo verschenken!

Weihnachten ist die Zeit, sich mal in gute Lektüre zu versenken – eine Freude, die Sie auch Freunden und Bekannten zuteil werden lassen sollten! Deshalb jetzt das fette »nd«-Abo klarmachen, zwei Monate verschenken – und die smarte Ausspäh-Schutzhülle fürs Handy gleich mit einsacken!

2 Monate »nd«
+ Handy-
Tarnkappe
nur 39 €*

Bestellen: www.neues-deutschland.de/abo • Tel. 030-29781800 • abo@nd-online.de

* Das Angebot gilt nur für NeuabonnentInnen und verlängert sich NICHT automatisch.

neues deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

nd



von
Thomas Nord,
Mitglied des Bundestages,

Kontakt:
• Wahlkreisbüro:
Mühlenstraße 15,
15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 34 26 18
Fax (0 33 61) 34 26 24
• E-Mail:
thomas.nord.ma04
@bundestag.de
• Internet:
www.thomas-nord.de

Das Pendel braucht die Extreme, in der Mitte steht es still

219 Millionen US-Bürgerinnen und Bürger waren am 8. November 2016 zur Wahl eines neuen Präsidenten oder einer neuen Präsidentin aufgerufen. Über 200 Millionen von ihnen haben sich im Vorfeld der Wahlen registrieren lassen, dies ist der bisherige Höchststand in sämtlichen vorhergehenden Präsidentschaftswahlen. Auch Teile des Kongresses und zwölf neue Gouverneure standen zur Wahl. Entgegen den Prognosen wurde der Kandidat der Republikaner, Donald Trump gewählt, auch Kongress und Senat behielten eine republikanische Mehrheit. Damit steht die amerikanische Politik vor einem starken Umbruch.

Donald Trump eröffnete seine Erklärungsrede zur Kandidatur im Juni 2015 mit dem Satz, dass er politisch unkorrekt ist. Diese politische Unkorrektheit hat er zum Leitfadens seiner Kandidatur gemacht und sich als Antipode des Establishments aufgebaut. Auch der Vorwahlkampf der Demokraten war von Überraschungen geprägt, Hillary Clinton konnte sich nur schwer gegen Bernie Sanders und sein Programm einer politischen Revolution durchsetzen. Dieser entfachte vor allem bei jungen Wählerinnen und Wählern politische Leidenschaft. Obwohl sich Sanders nach dem Sieg Clintons in den Primaries hinter sie gestellt hat, haben seine Unterstützern die-

sen Schritt nicht nachvollzogen. Sie lehnten „die Etablierte“ Clinton ab, die z.B. über ihre persönlichen Erfahrungen mit Armut sprach, dabei aber eine Armani-Jacke im Wert von 12 500 US-Dollar trug. Im persönlichen politischen Profil steht sie eher zwischen Madeleine Albright und Margaret Thatcher, ein linkes Potenzial war damit nur schwer ansprechbar.

Nach der Wahl des ersten schwarzen Präsidenten hat das Argument, eine Frau zur Präsidentin zu machen, in dieser Melange kein relevantes wahlmotivierendes Gewicht mehr entwickelt. Stattdessen ging es um die wirtschaftlich bedrückende Situation in Amerika, den Niedergang der klassischen, vor allem der Stahlindustrie, die verfallende öffentliche Infrastruktur, die verlorenen Kriege im Nahen Osten und die erodierende Mittelschicht, die ökonomisch abgehängt ist und sich nicht mehr gehört bzw. politisch vertreten fühlt. So wurde die personale Konstellation zwischen Trump und Clinton zu einer thematischen Auseinandersetzung zwischen Außenseiter und Etablierter, zwischen politischer Korrektheit und politischer Unkorrektheit, zwischen Globalisierung und Abschottung, zwischen Freihandel und Protektionismus.

Trump hat in der weißen Arbeiterschicht massiv Stimmen gewonnen, die oft am Monatsende nicht

mehr wissen, wo sie das Geld hernehmen sollen. Hier hat ein Trend das Herzland des neoliberalen Kapitalismus erreicht, den wir in den vergangenen Jahren schon aus den Wahlrends in der EU kennen. Die neoliberale Offensive, die nach der Niederlage im Kalten Krieg eingesetzt hat, ist an ihr Ende gekommen. Allein, die Linke kann darüber nicht froh sein, denn die politische Alternative, die sich in Marsch gesetzt hat, ist eine rechtsreaktionäre. Sie ist tief in die Zielgruppe der Arbeiterschaft eingedrungen, die doch einmal das Herz des historischen und dialektischen Materialismus und seiner geschichtlichen Bewegung ausgemacht hat.

Der Front National, die Freiheitliche Partei Österreichs, die Partei von Geert Wilders und die Alternative für Deutschland arbeiten mit dem gleichen Muster. Sie polarisieren, sie polemisieren und sie popularisieren. Dabei wecken sie Erwartungen, die sie selber kaum in der Lage sein werden, zu erfüllen. Und so ist es nur scheinbar ein Paradox, dass Donald Trump nun ebenso vor einer überhöhten Erwartungshaltung steht wie Barack Obama im Jahr 2008. Er muss auf der Grundlage seiner rechten Parolen und Ankündigungen der verarmten und der von Abstieg bedrohten Mittelschicht in kurzer Frist eine tragfähige ökonomische und soziale Perspektive verschaffen.

NACHRICHT

Kirsten Tackmann zur Spitzenkandidatin der LINKEN für Bundestagswahl 2017 gewählt

Platz	Name	1. Wahl	Stichwahl
1	Kirsten Tackmann	100,00	
2	Thomas Nord	87,13	
3	Anke Domscheit-Berg	67,33	
	Diana Tietze	31,68	
4	Norbert Müller	45,54	52,48
	Harald Petzold	33,66	46,53
	Carsten Preuß	19,80	
5	Birgit Kaufhold	51,49	
	Kerstin Kühn	44,55	
6	Ralf Kaiser	33,66	45,54
	Harald Petzold	34,65	53,47
	Carsten Preuß	7,92	
	Diana Tietze	23,76	
7	Kerstin Kühn	59,41	
	Diana Tietze	38,61	
8	Ralf Kaiser	52,48	
	Carsten Preuß	20,79	
	Diana Tietze	26,73	
9	Diana Tietze	95,00	
10	Carsten Preuß	97,00	
	Gesamtliste	95,88	

Auf der VertreterInnenversammlung der LINKEN Brandenburg in Falkensee wurde am 26. November 2016 Kirsten Tackmann auf Platz 1 der 10-köpfigen Landesliste für die kommende Bundestagswahl gewählt. Sie erhielt 100 Prozent der Stimmen. Die Bundestagsabgeordnete aus dem Landkreis Ostprignitz-Ruppin ist somit unsere Spitzenkandidatin und wird als „Zugmaschine“ den Landesverband in den Wahlkampf führen. In ihrer Bewerbungsrede ging Kirsten Tackmann insbesondere auf die Lage im ländlichen Raum ein: „Große Agrarkonzerne bemächtigen sich wie Kraken des Bodens und entziehen den Betrieben die Existenzgrundlage. Das darf nicht sein.“

Der Vorsitzende der Partei DIE LINKE Bernd Riexinger sagte in einer kämpferischen Rede: „Wir wollen einen klaren Bruch mit der neoliberalen Politik der letzten 25 Jahre“ und der Brandenburger Landesvorsitzende Christian Görke stellte heraus: „DIE LINKE kämpft weder für einen Kanzler Gabriel noch per se für eine eigene Regierungsbeteiligung. Wir kämpfen für eine andere Politik im Land!“



ralen Politik der letzten 25 Jahre“ und der Brandenburger Landesvorsitzende Christian Görke stellte heraus: „DIE LINKE kämpft weder für einen Kanzler Gabriel noch per se für eine eigene Regierungsbeteiligung. Wir kämpfen für eine andere Politik im Land!“

Wer bestimmt unsere Meinung?

Nachgedacht über sozial bots, liken, fake-profile

Wir können sie nicht sehen, nur Computerspezialisten können sie ermitteln, aber wir glauben ihnen, ohne zu wissen, dass Maschinen unsere Meinung bilden. Stimmen sie bei der nächsten Wahl für uns ab – oder bilden zumindest unsere Meinung. Ist das so? Oder ist es doch ganz anders?

Ein Interview mit Harald Pätzold, Bundestagsabgeordneter der LINKEN und medienpolitischer Sprecher, über elektronische „roboter“, inzwischen social bots genannt. Hinter ihnen verbergen sich automatisierte Programme, die sich im Internet mit authentisch wirkenden Nutzungsprofilen zu Wort melden.

Was sind social bots? Social bots sind Computerprogramme, die darauf ausgerichtet sind, selbstständig die öffentliche Meinung in sozialen Netzwerken zu beeinflussen oder Schadsoftware zu verbreiten. Diese Programme legen gefälschte Nutzerprofile an und können Beiträge echter Nutzer kommentieren oder eigene Nachrichten verfassen und „liken“ (positive Bewertung abgeben, *Widerspruch*). Dabei imitieren sie, je nach Qualität ihres Codes, das Verhalten menschlicher Nutzer und können daher auf den ersten Blick meist nicht als solche erkannt werden.

Können normale Nutzer sie erkennen?

Die Spannweite der technischen Qualität der social bots ist sehr groß. Während manche Freundschaftsanfrage auf dem sozialen Netzwerk Facebook durch Fake-Profilen (Fälschung, *Widerspruch*) von kritischen Nutzern als Betrugsversuch enttarnt werden kann, verfügen ausgefeilte Bot-Programme über durchaus perfide Taktiken. „Clever“ bots sind zu unterschiedlichen Tages- und Nachtzeiten aktiv und folgen sich beispielsweise bei dem Kurznachrichtendienst Twitter gegenseitig. So wird ein lebendiges Netzwerk vorgetäuscht. Zum Teil analysieren sie Nutzerprofile natürlicher Personen und passen sich diesen an, um authentischer zu wirken. Derartige bots können nur durch spezielle Verfahren als solche erkannt werden.

Problematisch ist zudem, dass es nahezu unmöglich ist, die Verantwortlichen solcher bot-Netzwerke ausfindig zu machen.

Geben wir zu sorglos mit ihnen um?

Es gibt noch keine verlässlichen wissenschaftlichen Aussagen zum Ausmaß des Einflusses durch social bots. Doch kann man mit Sicherheit sagen, dass Versuche der gezielten Einflussnahme im Netz bereits stattgefunden haben, zum Beispiel im Rahmen des Russland-Ukraine-Konflikts oder im Vorfeld des Brexit-Referendums in Großbritannien. In beiden Fällen verfassten große bot-Netzwerke in kurzer Zeit tausende Kurznachrichten und beeinflussten dadurch möglicherweise die Stimmung in den betroffenen Ländern. Viele Menschen verfolgen Entwicklungen im Netz und vergessen dabei, dass soziale Netzwerke keinen Spiegel der Gesellschaft darstellen. Noch sind social bots nicht dazu fähig, gezielt Meinungen zu manipulieren oder inhaltlich den Ton anzugeben. Aber sie sind eine Gefahr für die Gesprächskultur im Netz. Vorstellbar ist zum Beispiel, dass extreme Äußerungen, die zum Teil von social bots getätigt werden, Diskussionen emotional aufladen und konstruktiven Austausch erschweren. Nutzer könnten zu ähnlichen Aussagen verleitet oder gemäßigte Gesprächspartnern vergrault werden – eine Vergiftung des Diskurses ist die Folge.

Haben social bots in Deutschland bereits Stimmung für oder gegen etwas gemacht?

Leider gibt es ziemlich deutliche Hinweise darauf, dass in der aktuellen Geflüchteten-Debatte mithilfe von bots Hassnachrichten auf Twitter verbreitet wurden.

Noch vor der Wahl des US-Präsidenten untersuchten Forscher der Universität Oxford die Pro-Clinton bzw. Pro-Trump-Tweets nach der ersten Fernsehdebatte der beiden Kandidaten. Danach wurden etwa 20 Prozent für Clinton und ein Drittel für Trump durch social bots ausgelöst. Das Stimmungsbild wurde damit verzerrt. Haben wir solche Verzerrungen auch zur Bundestagswahl zu erwarten?



Da diese Versuche bereits jetzt stattfinden, müssen wir befürchten, dass social bots auch im Bundestagswahlkampf eingesetzt werden, sofern nicht Wege gefunden werden, dieser Tendenz entgegenzuwirken.

Harald Pätzold, Mitglied des Bundestages, Direktkandidat der LINKEN zur Bundestagswahl 2017 im Wahlkreis 58

Welchen Umgang stellen Sie sich mit social bots vor?

Die Möglichkeiten zur Erkennung in Deutschland sollten ausgebaut werden. Ferner muss eine Sensibilisierung für das Thema auf allen Ebenen der Gesellschaft stattfinden. Außerdem sollten soziale Netzwerke sich verstärkt um die Aushebung von bot-Netzwerken bemühen. Zuletzt sollte man sich mit der Frage beschäftigen, unter welchen Voraussetzungen die Nutzung von bots unter Strafe gestellt werden kann.

Sehen LINKE social bots mit anderen Augen als Vertreterinnen und Vertreter anderer politischer Richtungen?

Glücklicherweise haben sich auch die anderen demokratischen Parteien bereit erklärt, auf die Verwendung derartiger manipulativer Mittel zu verzichten. Nur die AfD lässt dies offen bzw. ihr Dementi klingt sehr unglaubwürdig. Das verändert aber nicht meine ablehnende Haltung gegenüber social bots. Für eine derartige Position werde ich auch in der LINKEN werben.

Das Interview führte die Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Rote Reporter Berit Christoffer für die kleine Zeitung Offene Worte, Landkreis Barnim

Weiterführende Informationen:
 • www.tagesschau.de/ausland/fake-news-facebook-nm-101.html

Über den Umgang mit der Bundeswehr

DIE LINKE in Storkow lud zur Aktivtagung ein



v. l.: Uwe Tippelt, Torsten Niemann, Wolfgang Gehrcke, Dr. Rainer Thiel, Manfred Wagner, Foto: DIE LINKE Storkow

Welches Verhältnis hat DIE LINKE zur Bundeswehr? Wie gehen Genossinnen und Genossen damit um, die selbst einmal gedient haben? Und ist ein kritischer Dialog mit Bundeswehrangehörigen zu politischen Fragen möglich? Diesen Fragen stellte sich der Storkower Ortsverband der LINKEN und führte am 5. November 2016 im Friedensdorf e.V. die Aktivtagung zum Thema „Umgang mit der Bundeswehr“ durch. Vorbereitet und durchgeführt wurde diese Veranstaltung durch die Storkower Genossen der Ortsgruppe und Mitgliedern des Friedensdorf e.V. Zu den mehr als 30 Teilnehmern gehörten nicht nur Genossinnen und Genossen aus mehreren Bundesländern sondern auch Angehörige der Bundeswehr, Vertreter von Traditions- und Kameradschaftsverbänden NVA und der Bundeswehr, Historiker, Mitglieder der SPD sowie interessierte Bürger. Das Friedensdorf wurde bewusst als Veranstaltungsort gewählt, weil diese Einrichtung mit erheblichen Mitteln der Bundeswehr aufgebaut wurde.

In seinem Eingangsbeitrag verwies **Wolfgang Gehrcke** (stellvertretender Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Bundestag und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses)

darauf, dass die Osterweiterung der NATO nicht nur gegen Vereinbarungen mit der damaligen Sowjetunion verstoße. Es sei eine Schande, dass sich nach Ende des 2. Weltkrieges wieder deutsche Soldaten an der russischen Grenze befinden. Er verlangte von den Bundeswehrsoldaten, dass sie sich stärker mit diesem Thema auseinandersetzen sollen. Er sei nicht davon überzeugt, dass die Bundeswehr im Osten zur Sicherheit der NATO gebraucht werde. Er betonte, dass wir genau überlegen sollen, welche Waffensysteme die Bundeswehr benötige, um nicht als Aggressionsarmee zu gelten. Kriegseinsätze würden keine Probleme in der Welt lösen, sondern schaffe diese erst. Im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Diskussion um eine Rot-Rot-Grüne Bundesregierung 2017 betonte er, dass DIE LINKE bereit wäre, Koalitionsgespräche mit der SPD zu führen, wenn sie sich wieder auf die außenpolitischen Schwerpunkte von Willy Brandt und Egon Bahr besinnen würde. Er verwies bei der Rolle der Abrüstung darauf, dass eine Seite damit anfangen müsse – warum nicht Deutschland? Er forderte den Abzug amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland und verwies darauf, dass es nicht sein könne, dass hinter dem Rücken des Parlaments Aktivitäten der Bundeswehr geduldet werden. Völkerrechtlich sehe er die gegenwärtigen Awacs-Aufklärungsflüge mit Bundeswehrangehörigen sehr bedenklich.

Unsere Genossin **Ute Ulrich** (Integrationsbeauftragte der Stadt Storkow) verwies in ihren Ausführungen darauf, wie die Bundeswehr Anfang der 1990er Jahre beim Aufbau des Friedensdorfes half. Sie freute sich, dass die Gelder des Benefizkonzerts der Bundeswehr 2015 in Storkow dem Friedensdorf zugute kamen. Sehr ausführlich und bewegend erzählte sie von den Auseinandersetzungen, die es in ihrer Familie gab, als ihr Sohn sich zum Dienst in der Bundeswehr entschied. Es half ihm letztendlich, im Leben sein Platz zu finden.

Aus Sicht der Bundeswehr sprachen Oberst a.D. Ernst-Georg Krohm

und der Kommandeur der Storkower Kurmark Kaserne Oberstleutnant Torsten Niemann. Oberst a.D. Krohm war der erste Kommandeur der Kurmark Kaserne. In seinen Diskussionsbeitrag verwies er darauf, dass die Bundeswehr eine Parlamentsarmee sei und deren Aufträge ausführe. Er betonte, dass kein Soldat je einen Krieg begonnen hat, es sei immer die Politik gewesen. Hauptmotiv für Bundeswehrangehörige sei es, die Freiheit zu verteidigen. Dies sei für ihn ein wichtiger Grund gewesen, seinen Dienst in der Bundeswehr aufzunehmen.

Ausführlich ging er auf den Übergang von der NVA zur Bundeswehr in Storkow ein. Er empfand es als demütigend, wie mit ehemaligen Angehörigen der NVA nach der Wende umgegangen sei. Bewundert wurde sein persönlicher Einsatz für die Wiederherstellung des sowjetischen Friedhofs, nachdem neonazistische Hooligans diesen zerstört hatten. Er empfinde es als einen großen Fehler, dass deutsche Soldaten wieder an der russischen Grenze stehen und er könne die Reaktion von Putin nicht nur verstehen, sondern würde genauso handeln.

Oberstleutnant **Torsten Niemann**, betonte ebenfalls, dass nur die Politik über den Einsatz der Bundeswehr entscheide. Aber die Bundeswehr sei für die inhaltliche Ausführung selbst verantwortlich, dies sei politisch so gewollt. Das höchste deutsche Gericht habe den Einsatz der Bundeswehr im Ausland legitimiert. Er sei selbst vier Mal im Auslandseinsatz gewesen. Jeder Soldat frage sich, gerade wenn er im Auslandseinsatz ist, ob er richtig handelt. Der Rückhalt der Familien für die Bundeswehrsoldaten im Ausland sei sehr wichtig. Große Aufmerksamkeit werde der politischen Bildung der Soldaten eingeräumt, gerade zu Fragen der Moral und Ethik. Den Satz neben dem Eingang zur Kurmark Kaserne „Wir kämpfen auch dafür, dass du gegen uns sein kannst“ finde er für die Diskussion sehr gut. Dies wurde von Teilnehmern bestätigt. Er betonte einerseits die notwendige Transparenz und Dialogbereitschaft der LINKEN und andererseits aber auch die Bereitschaft der

Zur Geschichte des Friedensdorfes Storkow siehe auch im Internet unter: <http://www.friedensdorf-storkow.com/chronik>

Bundeswehrsoldaten, sich mit den LINKEN zu beschäftigen. Er frage sich, für was DIE LINKE eigentlich stehe, da sie oft sehr unterschiedliche Haltungen zur Bundeswehr zeige. Daher sei es problematisch, mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Er begrüße die Dialogbereitschaft, die DIE LINKE hier in Storkow zeige, und betonte die erfrischende Haltung, die durch Herrn Tippelt in den „Wintervorträgen“ der Bundeswehr geäußert werde.

In weiteren Diskussionsbeiträgen ging es auch darum, wie wir als Partei mit dem Fakt umgehen müssen, wenn aus der eigenen Familie jemand zur Bundeswehr gehen möchte. Einem anwesenden Genossen fiel es schwer, als Bundeswehrangehöriger immer genaue Grenzen zu ziehen, zwischen eigener Überzeugung und seiner Arbeit. Oft frage er sich, wie er sich als LINKER verhalten soll. Er freue sich, dass Soldaten auch DIE LINKE wäh-

len und sogar Veranstaltungen organisieren.

Auch aktuelle Fragen der Bundeswehr fanden Eingang in die Diskussion, wie z.B. die schlechte Ausstattung der Bundeswehr, bei der man sich wundern müsse, welchen Wert die Bundesregierung einem Soldaten beimisst.

Mehrmals wurde darauf hingewiesen, dass das Weißbuch zur Bundeswehr ein Konzept zur Kriegsführung sei, von dem wir uns eindeutig abgrenzen sollten. Es gäbe berechtigte Angst, dass wir auf einen 3. Weltkrieg zusteuern würden. Verlangt wird eine Bundeswehr, die eindeutig eine Verteidigungsarmee ist. Sie sollte technisch verstärkt werden für den Einsatz von Katastrophen und Havarien im Inland und im Ausland nur für die Bewachung von Entwicklungsprojekten eingesetzt werden.

Gerade im Zusammenhang einer möglichen Rot-Rot-Grünen Regierung nach der nächsten Bundestags-

wahl wird DIE LINKE nicht darum herumkommen, sich ausführlicher mit solchen Fragen zu befassen.

Im Vorfeld der Aktivtagung gab es kontroverse Diskussionen und große Vorbehalte, sowohl unter den Genossen, Angehörigen der Bundeswehr, als auch von Bürgern, ob es Sinn überhaupt mache, zu diesem schwierigen und komplexen Thema eine derartige Veranstaltung zu organisieren. Die Offenheit, Dialogbereitschaft und sachliche Debatte auf der Veranstaltung zeigen Transparenz und Pluralität unserer Partei. Erstaunt war man, dass sich DIE LINKE überhaupt „getraut hat“, eine derartige Veranstaltung durchzuführen. Es wurde der Wunsch deutlich, das Thema mit weiteren Veranstaltungen fortzusetzen.

Im Mai 2017 ist eine Veranstaltung geplant zum Thema: „Meinst Du die Russen wollen Krieg“, nach dem bekannten Gedicht von Jewgeni Alexandrowitsch Jewtuschenko.

von
Uwe Tippelt,
 Vorsitzender der
 Basisorganisation
 DIE LINKE Storkow

DOKUMENTIERT

Aus dem Programm der Partei DIE LINKE (Beschluss des Parteitags der Partei DIE LINKE vom 21., 22., 23. Oktober 2011 in Erfurt)

II. Krisen des Kapitalismus – Krisen der Zivilisation

Imperialismus und Krieg

Die kapitalistischen Staaten sorgen dafür, dass ihre Unternehmen weltweit Zugriff auf alle Ressourcen haben, dass sie ihr Kapital weltweit investieren und verwerten sowie auf allen Märkten ihre Produkte absetzen können. Dazu nutzen sie ihre ökonomische und militärische Vormachtstellung und ihre beherrschende Rolle in den internationalen Handels- und Finanzinstitutionen. Der heutige Imperialismus stützt sich vor allem auf ökonomische Abhängigkeit und Verschuldung.

Imperiale Kriege erwachsen aus Kämpfen um geopolitische Macht, um ökonomische, politische und kulturelle Vorherrschaft, um Profite, Märkte und Rohstoffe. Kriege entspringen darüber hinaus aus Armut und Unterdrückung, aus Klimawandel, aus Verknappung und ungerechter Aneignung von Na-

turren. Sie führen zu weiteren militärischen, ethnischen und religiösen Konflikten, zum Zerfall von Staaten, zu Fundamentalismus und Terrorismus sowie Umweltzerstörung. Unter Missachtung der Charta der Vereinten Nationen sind auch Gewalt und Kriege Mittel der Politik. Oft geschieht dies unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus oder gegen „Schurkenstaaten“. Besonders fatal ist dabei die Begründung von militärischen Interventionen mit dem Schutz von Menschenrechten. Nach dem Ende der Systemauseinandersetzung ist in den 90er Jahren der Krieg auch nach Europa zurückgekehrt. Deutschland setzte erstmals seit dem Faschismus wieder Soldaten im Ausland ein und war direkt oder indirekt an zahlreichen illegalen Kriegen beteiligt. Es war eine treibende Kraft im Krieg ge-

gen Jugoslawien, unterstützt direkt und indirekt den Krieg der USA im Irak und beteiligt sich am Krieg in Afghanistan.

Aber in der Welt vollziehen sich grundlegende Veränderungen. Die Hegemonie der USA als einzige nach der bipolaren Konfrontation verbliebene Supermacht ist infrage gestellt. Eine multipolare Welt ist im Entstehen. Auch die EU versucht zunehmend aggressiv, in der weltweiten Auseinandersetzung um Macht, Einfluss und natürliche Ressourcen ihre Stellung auszubauen. Kriege, einschließlich präventiver Angriffskriege, gelten führenden Kräften der USA, der NATO und der EU wieder als taugliche Mittel der Politik. Das globale Netz von ausländischen Militärstützpunkten wurde ausgebaut. Der Schutz der Menschenrechte wird dazu missbraucht, Kriege zu legitimieren.

Seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft wurden Konflikte innerhalb der Gemeinschaft nicht mehr mit militärischen Mitteln ausgetragen. Heute führen die Europäische Union und Staaten der EU außerhalb ihres Territoriums aber immer öfter Kriege: Dem Krieg zur Zerschlagung Jugoslawiens folgte die Beteiligung einer Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten an den Aggressionen gegen Afghanistan und den Irak. Die wachsende Bedeutung militärischer Mittel für die EU spiegelt sich im Vertrag von Lissabon wider. Er enthält nicht nur eine Aufrüstungsverpflichtung, sondern ermöglicht auch die Beteiligung von EU-Kampferverbänden an internationalen Konflikten. Wir setzen uns dagegen für eine Politik ein, die an Frieden, Abrüstung und internationaler solidarischer Zusammenarbeit orientiert ist.

IV. Linke Reformprojekte – Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung

6. Wie schaffen wir Frieden? Abrüstung, kollektive Sicherheit und gemeinsame Entwicklung

Die LINKE ist eine internationalistische Friedenspartei, die für Gewaltfreiheit eintritt, ob im Inneren von Gesellschaften oder zwischen Staaten. Daraus leiten wir unser Engagement gegen Krieg, Völkerrechtsbruch, Menschenrechtsverletzungen und militärische Denklagen im Umgang mit Konflikten ab. Neben der Kritik an Gewaltak-

teuren und an gewaltfördernden Machtstrukturen geht es uns um die Aufklärung über tiefere Zusammenhänge von Konfliktsachen. Gemeinsam mit Friedensbewegungen und allen friedensorientierten Partnern ringen wir um Wege zu struktureller Gewaltprävention und für einen zivilen Konfliktaustrag. Unser Leitbild ist die Idee des

gerechten Friedens, der mehr bedeutet als die bloße Abwesenheit von Gewalt, weil er soziale wie ökonomisch und ökologisch nachhaltige Bedingungen als Voraussetzung für dauerhafte friedliche Entwicklungen erachtet.

DIE LINKE gründet ihre internationalistische Politik auf vier Prinzipien: Frieden durch kollektive und

gegenseitige Sicherheit, Abrüstung und strukturelle Nichtangriffsfähigkeit. Solidarische Politik der Überwindung von Armut, Unterentwicklung und Umweltzerstörung. Einsatz für eine demokratische, soziale, ökologische und friedliche Europäische Union. Reform und Stärkung der UNO.

von
Christopher Voß,
Vorsitzender
DIE LINKE Oder-
Spree

Dr. Eberhard Sradnick verpasst knapp die Stichwahl zum Landrat

Bei der Direktwahl des neuen Landrates von Oder-Spree verpasste der Kandidat der LINKEN Dr. Eberhard Sradnick mit 22,3 Prozent der Stimmen den Einzug ins Landratsamt. Der Tierarzt aus Friedland unterlag im Kampf um Platz zwei dem Kandidaten der CDU mit 456 Stimmen und tritt damit nicht zur Stichwahl am 11. Dezember an. Auch wenn das wichtige Etappenziel der Stichwahl

für DIE LINKE nicht erreicht werden konnte, so sind die Genossen vom Ergebnis kaum enttäuscht. Zum einen erreichte die Partei in etwa ihr Ergebnis von der Kreiswahl im Mai 2014 und andererseits hebt sie sich damit teils deutlich von Ergebnissen der Landratswahlen in anderen Brandenburgischen Kreisen der letzten Zeit ab.

Dieser wichtige Achtungserfolg gibt dem Kreisverband Motivation und Kraft für den bevorstehenden Bundestagswahlkampf, wo er mit ihrem Kandidaten Thomas Nord den Direktwahlkreis Landkreis Oder-Spree/Stadt Frankfurt (Oder) zurückerobern möchte.

Der Kreisvorstand DIE LINKE Oder-Spree bedankt sich bei allen Wahlkämpfern und ganz besonders beim Kandidaten Eberhard Sradnick, dem es ein wichtiges Anliegen war in diesem Wahlkampf linke Themen zu setzen. So wurden Infostände, Wahlforen und vor Ort-Besuche genutzt, um für einen Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs, mehr Bürgerbeteiligung und einer besseren Unterstützung von Hartz-IV-Betroffenen zu

werben und zu erfahren, was die Bürger bewegt.

Als LINKE haben wir in der ersten rot-roten Landesregierung die Direktwahl des Landrates verankern können. Dass am 27. November nur knapp ein Drittel der Wahlberechtigten von ihrem Gestaltungsspielraum Gebrauch machten wollten, betrübt uns. Wir sehen das als Auftrag an alle Fraktionen im Kreistag und den neuen Landrat, über ihre Arbeit noch besser zu informieren und aufzuzeigen, welche Entscheidungskompetenzen auf der Ebene des Landkreises liegen. Gerade vor dem Hintergrund der Verwaltungsstrukturreform ist es wichtig, dass möglichst viele Bürger die Prozesse nachvollziehen und sich an der Ausgestaltung der Reform beteiligen können

Wir wünschen uns, dass die Wahlbeteiligung in der Stichwahl ausreicht, um den neuen Landrat für Oder-Spree direkt zu wählen. Das ist ein Wert an sich! Wie wir davon ausgehend im Wahljahr 2017 aktiv werden wollen, berät der Kreisvorstand auf seiner nächsten Sitzung.

Wahlergebnis

Rolf Lindemann (SPD)	37,0 % (17 748 St.)
Sascha Gehm (CDU)	23,3 % (11 168 St.)
Dr. Eberhard Sradnick (DIE LINKE)	22,3 % (10 712 St.)
Torsten Giesel (Einzelbewerber)	10,6 % (5 067 St.)
Kai Hamacher (PIRATEN)	6,9 % (3 300 St.)
Wahlbeteiligung:	31,8 Prozent

... Neben der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen geht es auch im zweiten Wahlgang darum, das Quorum von 15 Prozent zu erreichen. Das bedeutet, einen Wahlsieger gibt es nur dann, wenn die Mehrheit für einen Kandidaten auch mindestens 15 Prozent aller Wahlberechtigten ausmacht. Das sind rund 23 000 Stimmen, ein Wert den keiner der Kandidaten in der ersten Runde erzielt hat ...

Quelle: <http://www.landkreis-oder-spree.de>

Hans-Jürgen Scharfenberg, innenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg, erklärt:

Volksinitiative gegen Kreisgebietsreform kann Diskussion beleben

Die Landesregierung hat auf Grundlage des vom Landtag beschlossenen Leitbildes einen ersten Vorschlag zur Neugliederung der Landkreise im Land Brandenburg gemacht. Die Fraktion DIE LINKE wird sich aktiv an der Diskussion beteiligen und unterstützt die Reform. Hans-Jürgen Scharfenberg, der innenpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg, sieht in der im November gestarteten Volksinitiative „Bürgernähe erhalten – Kreisreform stoppen“ aber dennoch eine Chance, die Diskussion zu beleben. Scharfenberg erklärte: „Die Volksinitiative kann einen Beitrag dazu leisten, dass die Diskussion konkreter geführt wird und dass wir

zum Schluss ein Ergebnis im Land Brandenburg haben, das tatsächlich dazu beiträgt, gleichwertige Lebensbedingungen im ganzen Land zu sichern. Wir unterstützen den von der Landesregierung vorgelegten ersten Vorschlag und finden, dass das eine gute Grundlage für die Diskussion ist.“

Die Volksinitiative wurde von dem hierfür gegründeten Verein „Bürgernähe Brandenburg – Verein für Erhalt und Stärkung unserer Landkreise, Städte und Gemeinden e.V.“ ins Leben gerufen. Der Vorsitzende des Vereins ist Hans Lange, ehemaliger Landrat der Prignitz.

Die Volksinitiative fordert

- erstens, den Beschluss des Landtags Brandenburg zum Ent-

wurf des Leitbildes für die Verwaltungsstrukturreform 2019 aufzuheben;

- zweitens, die 14 Landkreise sowie die vier kreisfreien Städte Brandenburgs in ihrem Bestand zu erhalten und Gebietsänderungen oder Einkreisungen nicht gegen den Willen der bestehenden Landkreise und kreisfreien Städte zu vollziehen;

- drittens fordert die Initiative die Landesregierung auf, ein Konzept zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltungen mittels interkommunaler Zusammenarbeit einschließlich der dazu erforderlichen Gesetzentwürfe vorzulegen.

Link zur Videobotschaft von Hans-Jürgen Scharfenberg auf dem YouTube-Kanal der Linksfraktion Brandenburg:
www.youtube.com/watch?v=CO0tjME1Ax4

NSU-Aufklärung ist längst nicht am Ende



Dr. Volkmar Schöneburg und Professor Dr. Hajo Funke im Gespräch. Foto: Romy Neupert

Auf Einladung des kommunalpolitischen Forums informierten Volkmar Schöneburg und der Politikwissenschaftler Professor Dr. Hajo Funke am 15. November über die Ursachen der NSU-Mordserie sowie die Versäumnisse. Wichtige Erkenntnisse der Referenten auf der kleinen Bühne des Eisenhüttenstädter Friedrich-Wolf-Theaters waren:

1. Keineswegs handelte es sich bei den drei Terroristen um ein allein agierendes und miteinander ideologisch verflochtenes Trio. Das rechtsradikale Mordtrio war viel mehr eingebettet in heute noch zum Teil existierende Neonazistrukturen.

2. Es ist ein Versagen aller Sicherheitsorgane (Verfassungsschutz, Polizei und Justiz) bei der Verfolgung und Aufklärung der zehn Morde zu konstatieren. Es ist eine Legende, dass dieses Versagen auf Pannen, Schlampeereien oder schlichter Inkompetenz beruhte. „Dem Agieren des Verfassungsschutzes lag ein völlig fehlerhaftes Konzept – insbesondere den Einsatz der V-Leute betreffend – zugrunde.“, sagte Schöneburg. Die Po-

lizei war zum Teil geleitet von einem institutionalisierten Rassismus. Deshalb schrieben sie einen Teil der Mordtaten der Türkemaffia zu und ermittelten in völlig falsche Richtungen.

3. Insbesondere die Fehlleistungen des Verfassungsschutzes sind auch auf eine unzureichende Kontrolle der Dienste zurückzuführen. Von daher muss die Aufklärung der Mordserie auch eine Umstrukturierung der Geheimdienste und eine wirkliche parlamentarische und öffentliche Kontrolle nach sich ziehen.

MdL Dr. Volkmar Schöneburg

■ Kontakt

Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg,
Alter Markt 1, 14467 Potsdam
Telefon: (03 31) 9 66 15 20
E-Mail: volkmar.schoeneburg@linksfraktion-brandenburg.de
Facebook: www.facebook.com/volkmar.schoeneburg

■ Wahlkreisbüro

Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde (Rote Bank)
Telefon: (0 33 61) 3 69 89 81

■ Mitarbeiterinnen

Romy Neupert

Handy: (01 52) 29 08 10 64
E-Mail: romyneupert@web.de

Franziska Schneider

Telefon: (03 31) 9 66 15 43
Handy: (0 15 20) 3 70 96 95
E-Mail: franziska.schneider@linksfraktion-brandenburg.de

NACHRICHTEN

Erfolgreiche Filmvorführung „Transit Havanna“ in Erkner



Der Einladung zur kostenlosen Filmvorführung Transit Havanna von Volkmar Schöneburg und Cuba Sí am 16. November im Kino Movieland Erkner sind sehr viele Zuschauer gefolgt. Im Anschluss an den Dokumentarfilm über Transgender in Cuba diskutierten der Landtagsabgeordnete, der Regisseur Daniel Abma (l.) und Jörg Rückmann von Cuba Sí (r.) mit dem Publikum über den Film, dessen Entstehung und die Transgender-Szene in Cuba. Die Mochitos, die das Kino extra für den Abend im Angebot hatte, sorgten für das entsprechende Cubanische Flair.

Vorlesestunde in der Kita Regenbogen in Görzig



Anlässlich des bundesweiten Vorlesetages hat Volkmar Schöneburg Kindern der Kita Wirbelwind in Pfaffendorf sowie der Kita Regenbogen in Görzig aus seinem Lieblingskinderbuch vorgelesen. „Alarm im Kasparletheater“ von Nils Werner begeisterte die vier- bis sechsjährigen Kinder so sehr, dass sie Schöneburg auf seinem Stuhl beim Vorlesen umringten. Am Ende bekam jedes Kind von Schöneburg ein kleines Buch mit einer Kindergeschichte geschenkt.

Fotos: Franziska Schneider

DOKUMENTIERT

Die Menschen wollen kein Weiter-so mehr

Sahra Wagenknecht, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, rechnete am 23. November 2016 in der Generaldebatte zum Haushalt 2017 schonungslos mit der Politik der Bundeskanzlerin und der Großen Koalition ab. Sie forderte, die Lebensbedürfnisse der Menschen endlich wichtiger zu nehmen als Wunschlisten von Wirtschaftslobbyisten. Wachsende soziale Ungleichheit und Verunsicherung treibe die Wahlergebnisse der AfD. Ein Weiter-so mit dieser Kanzlerin, mit dieser Frau Merkel dürfe es nicht geben.

(Widerspruch gibt die Rede in Auszügen wieder.)



Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Bundeskanzlerin!

Es ist schon verblüffend, wie Politik manchmal funktioniert.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

– Ich weiß gar nicht, was Sie daran so lustig finden. – In Deutschland wachsen soziale Ungleichheit und Verunsicherung und mit ihnen die Zahl der Wählerstimmen der AfD.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Gleich im ersten Satz! – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Kaufen Sie sich doch mal eine neue Platte! Die ist kaputt!)

In Europa ist die deutsche Regierung so isoliert wie lange nicht mehr.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Der zweite Satz ist auch nicht besser!)

Als bevorzugten Partner hat sich die Kanzlerin ausgerechnet einen türkischen Diktator ausgesucht, der Journalisten und Oppositionelle ins Gefängnis werfen lässt und die Todesstrafe großartig findet.

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

Trotz allem scheint sich die CDU/CSU – das zeigt Ihre wunderbare Stimmung heute – auf ein Weiter-so mit dieser Kanzlerin, mit Frau Merkel, allen Ernstes zu freuen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU)

Ich kann nur sagen: Die Menschen in diesem Land können sich darauf nicht freuen. Ich sage Ihnen deswegen auch: Dazu wird es nicht kommen.

(Beifall bei der LINKEN) ...

... Als vor zwei Wochen die US-Bürger für Trump statt für Ihre gemeinsame Favoritin Clinton stimmten, waren Sie wieder alle geschockt.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Für wen waren Sie denn?)

Aber Ihre einzige Schlussfolgerung scheint zu sein, jetzt einen europäischen Hochrüstungswettlauf zu starten. Glauben Sie wirklich, das ist es, worauf die Millionen Abstiegsgefährdeten in Europa und die verlorene Generation in den Krisenländern gewartet haben? Offenbar hat selbst ein Donald Trump wirtschaftspolitisch mehr drauf als Sie.

(Lachen bei der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD – Zuruf von der SPD: Der neue Rassismus!)

Denn immerhin hat der Mann begriffen,

(Thomas Oppermann [SPD]: Neuer Bündnispartner!)

dass staatliche Industriepolitik besser ist als billige Dienstleistungsjobs und dass gegen Krise und marode Infrastruktur nicht Kürzungspolitik hilft, sondern ein groß angelegtes öffentliches Investitionsprogramm.

(Beifall bei der LINKEN – Thomas Jurk [SPD]: Vor 27 Jahren ist das in der DDR zusammengebrochen! – Thomas Oppermann [SPD]: Sie haben jetzt den richtigen Partner gefunden!)

Weil schon die Ankündigung dieses Programms zu höheren Zinsen in den USA geführt hat, wird Europa unter Ihrer Führung wohl lieber mit seinem Geld neue Brücken und moderne Netze in den USA finanzieren, statt den Niedergang der europäischen Infrastruktur endlich zu stoppen und Industriearbeitsplätze auch in Frankreich und Italien zu verteidigen und zu retten. Aber merken Sie denn gar nicht, dass es genau diese fatale Politik ist, die Europa spaltet und immer mehr kaputtgehen lässt?

Sollte im nächsten Jahr tatsächlich Marine Le Pen französische Präsidentin werden, dann werden Sie wieder alle geschockt sein, und wahrscheinlich beklagen Sie dann wieder die Verführungsmacht geschickter Populisten und das Zeitalter des Postfaktischen. Aber wenn etwas postfaktisch ist, dann sind das nicht die Emotionen der Menschen, die sich von Ihrer Politik im Stich gelassen fühlen, sondern die Lügenmärchen, die Sie ihnen erzählen, um zu begründen, dass diese Politik angeblich alternativlos ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Ist es denn wirklich so schwer zu verstehen? Die US-Bürger haben doch gar nicht in erster Linie den Milliardär Donald Trump gewählt.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Was Sie alles wissen!)

Sie haben das Weiter-so abgewählt, und dafür hatten sie in einem Land, wo die mittleren Löhne heute unter dem Niveau der 80er-Jahre liegen, natürlich allen Grund.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Genau! Sie haben eine enge Beziehung zu den USA, oder?)

Auch in Deutschland haben immer mehr Menschen gute Gründe, enttäuscht und wütend zu sein: über eine großkoalitionäre Einheitspolitik, die sich für ihre elementaren Lebensinteressen und Zukunftsängste überhaupt nicht mehr interessiert,

(Thomas Jurk [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! Das ist Quatsch!)

sondern gleichgültig und emotionslos immer wieder Entscheidungen fällt, die die Reichen noch reicher, die Konzerne noch unverschämter und das Leben der arbeitenden Mitte und der Ärmern noch unsicherer und prekärer machen. Ich finde, eine solche Politik ist unglaublich und sie ist verantwortungslos.

(Beifall bei der LINKEN)

Gucken Sie sich doch an, wie sich dieses Land in den letzten 20 Jahren verändert hat! Trotz boomender Exportwirtschaft und trotz Wirtschaftswachstum lebt heute in Deutschland jeder sechste Rentner in Armut und muss sich um seine Lebensleistung betrogen fühlen.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: 2,5 Prozent der Rentner kriegen Grundsicherung! Informieren Sie sich doch mal! So ein Unsinn, den Sie hier erzählen! – Volker Kauder [CDU/CSU]: So viel zu Rot-Rot-Grün!)

Immer mehr Kinder beginnen ihr Leben mit der Grunderfahrung, dass sie von der schönen bunten Welt ausgeschlossen sind und dass ihnen das Leben viel weniger bieten wird als anderen. Millionen Arbeitnehmer werden in Leiharbeit, Werkverträgen und Dauerbefristungen zu Beschäftigten zweiter Klasse degradiert. Diejenigen, deren Löhne kein Tarifvertrag mehr regelt – das ist inzwischen jeder zweite –, verdienen heute 18 Prozent weniger als im Jahr 2000. Diesen Menschen erzählen Sie, Deutschland gehe es gut, und sie sollen sich freuen über Ihre erfolgreiche Politik. Das ist doch der blanke Hohn, was Sie da machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie erzählen ihnen, die Agenda 2010 habe ein Jobwunder ausge-

löst. Ja, wir hatten in Deutschland einmal 5 Millionen Arbeitslose. Heute bekommen nur noch 800 000 Menschen Arbeitslosengeld. Aber dafür gibt es 4,3 Millionen erwerbsfähige Hartz-IV-Empfänger, die alle arbeiten möchten, teilweise sogar Arbeit haben, teilweise sogar Vollzeit arbeiten und trotzdem von staatlichen Lohnersatzleistungen abhängig bleiben. Das macht in der Summe noch immer 5,1 Millionen Menschen. Was ist das denn für ein Fortschritt?

(Beifall bei der LINKEN)

„Die CDU einschließlich der Kanzlerin sollte aufhören, die Agenda 2010 als Erfolgsmodell zu preisen, und sollte endlich wieder ein humanes Arbeitsrecht in Deutschland durchsetzen, wenn sie einen deutschen Donald Trump verhindern will.“

(Beifall bei der LINKEN)

Diesen weisen Satz hat Ihnen in der letzten Woche Ihr ehemaliger Generalsekretär Heiner Geißler zugerufen. Wenn diese Mahnung schon bei der CDU/CSU auf taube Ohren stößt: Müssen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, nicht zumindest in Ihren Stühlen versinken, wenn Sie merken, dass ein ehemaliger CDU-Generalsekretär, der sich treu geblieben ist, inzwischen weit links von Ihnen steht? Gleichen Lohn für gleiche Arbeit hat die SPD bei der letzten Wahl versprochen. Und was haben Sie gemacht? Ein Gesetz, das es Daimler, BMW und Co. in Zukunft sogar erleichtert, reguläre Jobs dauerhaft durch Leiharbeit zu ersetzen oder an Werkvertragsunternehmen auszulagern. Das ist doch schäbig. Ihnen glaubt doch niemand irgendetwas, wenn Sie solche Politik machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie viele selbst von denjenigen in Deutschland, die sich all das noch leisten können, was für andere bereits zum unerschwinglichen Luxus geworden ist – eine gute Ausbildung der Kinder, private Vorsorge für das Alter, Urlaubsreisen, Wohneigentum –, leben in der ständigen Angst, nach der nächsten Betriebsverlagerung auch zu den Verlierern zu gehören oder eiskalt aussortiert zu werden, wenn sie krank werden oder wenn sie nicht mehr ständig Höchstleistun-



gen erbringen können? Der American Dream ist längst auch bei uns ausgeträumt. Wer außerhalb der Oberschicht glaubt denn heute noch, dass es den Kindern einmal besser gehen wird als ihren Eltern? Die meisten erleben das Gegenteil. Das ist nicht Ergebnis einer Naturgewalt namens Globalisierung, sondern Ergebnis politischer Entscheidungen.

Auch Ihre Legende, rabiate Rentenkürzungen seien notwendig, um die junge Generation vor zu hohen Belastungen zu bewahren, passt bestens in das Zeitalter des Postfaktischen.

(Beifall bei der LINKEN)

Rechnen wir doch einmal nach. Der aktuelle Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung liegt bei 18,7 Prozent, hälftig gezahlt von Unternehmen und Beschäftigten. Zusätzlich sollen die Beschäftigten 4 Prozent ihres Einkommens in einen jener sinnlosen Riester-Verträge versenken, von denen inzwischen jeder weiß, dass sie nur Banken und Versicherungen reich machen. Aber wer glaubte, die Maschmeyer-Kumpel Schröder und Riester seien schon der Tiefpunkt gewesen, dem beweist Frau Nahles, dass es noch schlimmer geht.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Die Gewerkschaften finden das gut! Reden Sie mal mit denen!)

Ich rede von ihren Plänen für eine sogenannte Betriebsrente, die genauso wie die Riester-Rente allein von den Beschäftigten gezahlt werden soll und die sich von den unsäglichen Riester-Produkten eigentlich nur in einem einzigen Punkt unterscheidet: Bei Riester mussten die Anbieter zumindest noch den Erhalt der eingezahlten Beiträge garantieren. Die Betriebsrente subventioniert der Staat auch dann, wenn das volle Verlustrisiko auf den künftigen Rentner abgewälzt wird.

Wenn wir zusammenzählen, dann laufen die Rentenpläne der Großen Koalition darauf hinaus, dass Arbeitnehmer in Zukunft bis zu 20 Prozent ihres Einkommens für die Altersvorsorge aufwenden sollen, um damit Rentenansprüche zu erwerben, die sich, anders als die Umlagerente, bei der nächsten

großen Finanzkrise in heiße Luft auflösen können. Das dann noch als Entlastung der jungen Generation zu verkaufen – darauf muss man wirklich erst einmal kommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dabei brauchen Sie nur über die bayerischen Alpen hinauszuschauen, um zu sehen, wie es vielleicht besser geht und wie man eine Rentenreform vernünftig machen kann. Nachdem in Österreich Rentenkürzungen à la Riester am Widerstand der Gewerkschaften gescheitert sind,

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

hat man eben die gesetzliche Rente zukunftsfest gemacht. Das heißt, es gibt heute einen einheitlichen Topf, in den alle einzahlen, auch Selbstständige und Beamte. Der Beitragssatz liegt bei 22,8 Prozent, allerdings zahlen die Unternehmen mehr als die Beschäftigten. Dieses System finanziert für langjährig Versicherte Renten von 1 800 Euro im Monat; die Mindestrente beträgt 1 030 Euro.

Und Sie muten Menschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, Armutsrenten von 1 000 Euro und weniger zu. Das sind 800 Euro weniger als in Österreich. Das ist doch unglaublich. Stoppen Sie endlich diese verantwortungslose Rentenpolitik, die millionenfache Altersarmut produziert!

(Beifall bei der LINKEN)

Bei der Krankenversicherung ist es genau das Gleiche. Seit Ende der hälftigen Finanzierung steigt der Zusatzbeitrag der Arbeitnehmer. Er steigt auch deshalb, weil der Pauschalbeitrag, den der Bund an die Kassen für Hartz-IV-Bezieher überweist, die realen Kosten nicht deckt. Das heißt, je mehr Hartz-IV-Empfänger – Sie wissen, dass die meisten Flüchtlinge ab dem nächsten Jahr Hartz IV bekommen werden –, desto teurer wird es für den Postzusteller und die Aldi-Kassiererin, während der privat versicherte Chef von ihnen und natürlich auch die Konzerne, bei denen sie arbeiten, von der Finanzierung von solchen gesellschaftlichen Aufgaben komplett verschont werden. Das ist doch ein Skandal. Wenn man sich diese Politik anschaut, dann muss man fast schon den Verdacht haben, dass Sie einen geheimen Werbevertrag mit der AfD abgeschlossen haben. Es ist doch unglaublich, was Sie machen.

(Beifall bei der LINKEN – Sören Bartol [SPD]: Postboten gegen Flüchtlinge ausspielen: Das ist doch widerlich!)

Es ging also bei den Krankenkassen wie bei der Zerschlagung der Rente nie um etwas anderes als um die Senkung der Lohnkosten und die Steigerung der Unterneh-

mensgewinne. Von wegen, mit den Gewinnen steigen auch die Investitionen. Wissen Sie, wie hoch die Reinvestitionsquote deutscher Industrieunternehmen im Inland heute ist? 5 Prozent. Das heißt, 95 Prozent der Gewinne, die sie durch Ihre Politik so erfolgreich erhöht haben, werden an die Eigentümer ausgeschüttet, in Finanzanlagen geparkt oder eben für Investitionen im Ausland genutzt. Trotzdem verzichten Sie bis heute darauf, wieder einen größeren Teil der Unternehmensgewinne zur Finanzierung des Sozialstaates heranzuziehen. Wir halten das für völlig unverantwortlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Aus allen wichtigen Bereichen, in denen er früher dem Leben der Menschen Stabilität und Sicherheit gegeben hat, hat sich der Staat zurückgezogen. Nicht nur die Sozialversicherungen wurden demoliert, auch kommunale Wohnungen wurden privaten Renditejägern auf dem Silbertablett serviert, genau wie Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen. Weil es sich nicht rechnet, fährt zu kleinen Orten kein Bus mehr, und der nächste Arzt ist meilenweit entfernt.

Auch der jahrelange Personalabbau bei der Polizei hat ganze Wohnviertel zu nächtlichen No-go-Areas gemacht. In den baufälligen Schulen dieser Viertel werden von überlasteten Lehrern auch nicht die hochqualifizierten Fachkräfte der Zukunft ausgebildet, sondern junge Menschen, von denen viele im Leben nie eine Chance bekommen werden, weil das chronisch unterfinanzierte Bildungssystem dieses reichen Landes noch nicht einmal in der Lage ist, ihnen elementare Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeiten beizubringen. 21 Milliarden Euro weniger als der Durchschnitt der OECD-Staaten gibt Deutschland jährlich für seine Schulen und Universitäten aus. Was für ein Armutszeugnis, Frau Merkel.

(Beifall bei der LINKEN – Sabine Weiss [Wesel I] [CDU/CSU]: Un-erträglich! ...)

... Natürlich ist das alles nicht alternativlos. Natürlich kann man auch die Riesenvermögen der Multimillionäre besteuern, statt Städte und Gemeinden am langen Arm hungern zu lassen. Natürlich kann man Patent- und Lizenzgebühren, die nur dazu dienen, Konzerngewinne in Steueroasen zu verschieben, einfach nicht mehr als gewinnmindernd anerkennen, und dann sind die ganzen Steuertricks der Multis erledigt. Das können Sie hier in Deutschland beschließen. Dafür brauchen Sie noch nicht einmal die EU.

(Beifall bei der LINKEN)

Natürlich kann man den Sozialstaat wiederherstellen und ein ordentliches Arbeitsrecht schaffen, das die Beschäftigten schützt und die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften stärkt. Natürlich kann man schlicht politisches Rückgrat haben und sich den eiskalten Renditekalkülen globaler Konzerne entgegenstellen, statt ihnen die Beschäftigten schutzlos und wehrlos auszuliefern.

Aber wer das alles nicht tut, der sollte dann auch aufhören, sich den Trumps und Le Pens dieser Welt moralisch überlegen zu fühlen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das sind Sie nicht.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Ihre Rede fördert die! Unfassbar! Populisten unter sich!)

Denn es ist Ihre gemeinsame Politik, die die Rechte inzwischen auch in Deutschland stark gemacht hat.

Sie, Frau Bundeskanzlerin, haben Herrn Trump nach seiner Wahl zur Anerkennung von Demokratie, Freiheit und Respekt vor dem Recht und der Würde des Menschen aufgefordert. Ganz abgesehen davon, dass wir uns ähnlich deutliche Worte an die Adresse Ihres türkischen Freundes Erdogan auch einmal gewünscht hätten:

(Beifall bei der LINKEN)

Bedurfte es wirklich eines Donald Trump, um zu verstehen, dass es um Demokratie, Freiheit und Menschenwürde in der westlichen Welt nicht mehr gut bestellt ist? ...

... Sehr geehrte Damen und Herren, auch bei uns wird die Demokratie nur eine Zukunft haben, wenn die Menschen wieder das Gefühl bekommen, dass ihre Würde und ihre elementaren Lebensbedürfnisse von der Politik geachtet und anerkannt werden und sie wichtiger sind als die Wunschlisten irgendwelcher Wirtschaftslobbyisten. Nehmen Sie das endlich ernst, wenn Sie nicht irgendwann dafür verantwortlich sein wollen, einem deutschen Donald Trump den Weg ins Kanzleramt geebnet zu haben.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN – Thomas Oppermann [SPD]: Da arbeiten Sie doch dran! – Sabine Weiss [Wesel I] [CDU/CSU]: Eigentlich fast traurig!)

weitere Infos:

Ein Video-Mitschnitt sowie der vollständige Text der Rede befinden sich im Internet unter: <http://www.sahra-wagenknecht.de/de/article/2456.die-menschen-wollen-kein-weiter-so-mehr.html>
Foto: DIE LINKE. im Bundestag



Deutschland – mit den Augen eines kubanischen Wissenschaftlers gesehen

Von Dr. Alberto Suzarte



Dr. Alberto Suzarte (im grünen Shirt) im Cuba-Si-Projekt Sancti Spiritus – er war kubanischer Reiseleiter der sozialpolitisch-touristische Rundreise im November 2016 durch den Osten Kubas (siehe Seite 13).

Vom 7. Oktober 1989 an war ich wieder für einen zweiwöchigen Studienaufenthalt in Merseburg. Erneut wohnte ich im Heim für Gäste und „Industriestudenten“, neben den Studentenwohnheimen, die mich sehr an meine Jugend erinnerten. Aber 1989 konnte ich nicht richtig arbeiten. Es war alles durcheinander, die Professoren waren gespannt, die Studenten sehr politisch engagiert. Ich habe ein einfaches Mitglied der SED gesehen, der ehrlich versuchte den Sozialismus ideologisch zu verteidigen. Viele Andere, Pro-

fessoren darunter, versuchten sich von ihrem früheren Handeln zu distanzieren. In Jena besuchte ich einen Professor und erlebte eine seltsame Versammlung der Bürger mit dem Bürgermeister, wo Forderungen gestellt und Erklärungen versucht wurden. Ich fuhr dann nach Berlin, um meine Zeit am Patentamt zu nutzen. Das gab mir auch die Gelegenheit, bei meinem Sohn zu sein und die politischen Ereignisse besser zu verfolgen.

Das Patentamt befand sich nahe der Museumsinsel. Dort hatte ich als Student viele Stunden im Pergamon-Museum verbracht. Auf dem Weg zum Patentamt kam ich am Sitz der DDR-CDU vorbei. Auf der Straße und in Demonstrationen habe ich mit mehreren jungen Intellektuellen und Menschen verschiedener Schichten, die mit „Neues Forum“ sympathisierten, sprechen können. Ihre Auffassungen der Lage war vielschichtig. Manche waren sogar naiv. Ich hörte sie sagen „Jetzt werden wir der Welt zeigen, was ein richtiger Sozialismus ist“, oder „Wir werden das Beste von beiden deutschen Staaten vereinigen und ein besseres neues Deutschland gründen“. Als ich im November nach Hause fuhr, war die DDR ein sterbender Staat geworden. Ich las ein schönes und teuer gedrucktes Flugblatt der CDU, in dem stand „Man braucht nichts Neues zu suchen, keine Experimente mehr, in der Bundesrepublik ist schon erprobt, was richtig taugt“.

Im Jahr 1991 habe ich das vereinigte Deutschland für einen zweiwöchigen Studienaufenthalt besucht. Ich arbeitete in zwei Forschungsinstituten der ehemaligen DDR und in der Universität Mainz.

Die ganze Belegschaft des Institutes für Chemie der damaligen Akademie der Wissenschaften in Berlin-Ost war zu jener Zeit sehr besorgt, da die Zukunft des Institutes ungewiss war. Ich habe fast zwei Wochen des Aufenthaltes in der Bibliothek verbracht, weil die Zusammenarbeit in der Forschung schwer war. Später erfuhr ich, dass das Institut aufgelöst wurde.

Im Institut für Polymere Forschung in Teltow war es etwas besser, aber die Belegschaft wusste, dass ein großer Teil das Institut verlassen sollte. Dieses Institut wurde privatisiert. Ich konnte einige Messungen machen und hörte viel von den Gesprächen und Diskussionen der Forscher des Institutes. Manche mussten ihre Häuser räumen, weil sie auf Gelände gebaut wurden, das irgendwann jemandem gehört hatte, der nach Westdeutschland ausgewandert war. Der ganze elektronische Komplex der in diesem Berliner Vorort bestanden hatte, war geschlossen worden, und es gab einen großen Skandal, wie die Anlagen verkauft wurden. Ich habe gehört wie eine Doktorin sagte „Mensch, wir haben unser Erbe verloren!“

Am meisten schockierte mich Ost-Berlin. Ich konnte die Stadt kaum wieder erkennen. Der Alexanderplatz war fast eine Einöde geworden, Kinos und Gaststätten waren entweder geschlossen oder „in Renovierung“, obwohl sie in gutem Zustand waren. Die Preise waren nicht sehr hoch gestiegen, aber alles war nicht eigene Produktion. Hier und da gab es Straßenverkäufer mit einem kleinen Schild: „Kaufen sie Ostprodukte“. Wenige Leute befolgten diese Losung. Eine Bockwurst oder Currywurst war kaum zu finden. Überall gab es Kebab, Cheeseburger und Coca Cola. Gekauft wurde Brot und Milch aus dem Westen. Die einheimische Milchproduktion wurden reduziert. Im Gegensatz zu dem Stolz für die eigene Produktion, der in den sechziger Jahren üblich war, merkte ich die völlige Verachtung eigener Produkte. Trabanten wurden sogar verbrannt oder spottbillig verkauft.

Diese wirtschaftliche Lage wurde meines Erachtens absichtlich herbeigeführt. Die Preise waren viel niedriger als in Westdeutschland und die Löhne auch. Die Mehrheit der Leute hatte Vertrauen, dass der Fortschritt kommen würde. Viele erhofften sich einen Platz in der Geschäftswelt. Vor allem konnten sie endlich ins Ausland fahren, sich in der Welt umschauen. Die Freude über diese Freiheit war mir völ-

DOKUMENTIERT

Im Jahre 2005 richtete Dr. Alberto Suzarte das folgende Schreiben an die Leitung der Bergakademie Freiberg, an der er in den 60er Jahren studiert hatte:

Herrn Prof. Dr. Horst Brezinski

In kurzer Zeit werde ich 60 und in meinem Lande reicht das, um in die Rente gehen zu können. Ich habe in Freiberg von 1964 bis 1969 Chemie studiert. In allen seither vergangenen Jahren hatte ich keine Kontakte mit Freiberg, aber die Ausbildung, die ich dort bekam, hat mir eine erfolgreiche berufliche Tätigkeit ermöglicht. Ich war sogar mehrmals in Deutschland gewesen, habe dabei nie Freiberg besucht. Hatte so viel Arbeit, daß ich den

Kontakt mit meinen damaligen deutschen Studienkollegen und Dozenten verlor.

Warum schreibe ich an Sie? Nur um mich, vielleicht zu spät, für mein Studium in Freiberg zu bedanken, große Erfolge für die Akademie zu wünschen und zu hoffen, daß der Geist von Solidarität, der mir damals half, trotz sozialer Umwandlungen und Zeit, heute noch lebendig bleibt.

Dr. Alberto Suzarte
Nationales Zentrum für
Wissenschaft und Forschung, Kuba



lig verständlich. Zu der Doktorin, die von dem verlorenen gemeinsamen Erbe sprach, sagte ich damals: „Sie haben ihr gemeinsames Erbe nicht verloren, nur getauscht für ihren schönen gebrauchten Opel und für einen Reisepass, um in die Welt fahren zu können.“

Von Westdeutschland konnte ich nur Hamburg, wo ich 1967 auf dem Weg in den Heimaturlaub nach Kuba einen kurzen Zwischenaufenthalt hatte. Westdeutsche Jugendliche hatte ich in Havanna 1978 während des XI. Festivals der Jugend getroffen. 1987 habe ich an Verhandlungen zwischen meiner Regierung und einem großen westdeutschen Konzern teilgenommen und ein paar Wochen mit westdeutschen Spezialisten gearbeitet. Ich konnte kaum Unterschiede finden zwischen ihnen und den Fachleuten, die ich in der DDR kannte. Als ich 1991 Mainz besichtigt habe, lernte ich etwas mehr von dem Charakter der Westdeutschen kennen. Im akademischen Milieu schienen sie mir weniger zu Formalismen geneigt als die Ostdeutschen. Gleich nachdem ich einen jungen Professor kennengelernt hatte, sagte er zu mir, ich sollte ihn

nicht mehr mit dem Titel Professor ansprechen, da ich sogar älter als er wäre. Ich erinnerte mich damals, dass einer von meinen Professoren der Universität wütend zu einem Student sagte „Warum nennen sie mich nicht Richard?“ Der Student hatte ihn als Professor und nicht als Herr Professor angesprochen. Eingeladen zum Mittagessen von dem westdeutschen Professor haben wir über die Arbeit diskutiert und verwendeten Servietten als Schreibpapier.

Mainz ist eine schöne Stadt, sehr gepflegt, mit netten und höflichen Leuten. Ich habe keine Studentenwohnheime gesehen und staunte, denn die Mieten waren sehr hoch. Viele Studenten fuhren in ihren eigenen Autos zur Universität. Das zeugte von einem hohen Lebensniveau. Ich traf auch ausländische Studenten, aber sehr wenige. Einige kamen aus Kalifornien, Frankreich usw. Ich hatte nicht die Gelegenheit, Einblick in das Verhältnis zwischen Studenten aus armen und aus reichen Ländern zu gewinnen. Noch weniger konnte ich erfahren, wie viele das Studium selbst bezahlten. Aus Kuba gab es keine Studenten. Im vereinten Deutschland

sind aber zahlreiche kubanische Postdoktoranden und Doktoranden gewesen. Die damit verbundenen Arbeitsaufenthalte sind bei uns wegen des hohen Niveaus der deutschen Partner und der Qualität der Forschungseinrichtungen sehr geschätzt.

Die Welt, in der wir leben, ist klein genug, damit die Probleme eines Teiles der Menschheit auf andere Teile Auswirkungen hervorrufen. Die Globalisierung ist nicht rückgängig zu machen. Die Frage ist, um welche Globalisierung es sich handelt. Eine Globalisierung für die Verschwendung und Vergeudung der Reichtümer des Planeten unter kurzsichtigen und egoistischen Interessen kann nur zu einer globalen Katastrophe führen, egal wie groß die Macht ist, die so etwas durchsetzt. Das ist auf die Dauer selbstzerstörerisch. Im Gegensatz dazu kann eine Globalisierung der Solidarität und vor allem der Kenntnisse die Menschheit retten. Trotz unserer Armut studieren in Kuba gegenwärtig tausende ausländische Studenten. In dieser Beziehung hat das deutsche Volk das seine getan, besonders das Volk der damaligen DDR.

Kuba – Tage im November 2016

Der November ist gerade für Deutsche ein besonders geschichtsträchtiger Monat. Der Zufall wollte es, dass wir ausgerechnet am 9. November hier ankamen. Das war der Tag, an dem auch das Ergebnis der Präsidentenwahl in den USA bekannt wurde.

Wir kamen nach Kuba, um nach einigen Jahrzehnten und etlichen Besuchen noch einmal einen Eindruck von der Entwicklung des Landes zu gewinnen. Besonders interessierte uns die Entwicklung der Cuba-Sí-Projekte.

Mit Heinz Schneider (Redaktion *Widerspruch*) war verabredet, dass ich dem Bericht über unsere Reise zum 50. Jahrestag des Sieges der kubanischen Revolution um die Jahreswende 2008/09 eine Fortsetzung folgen lassen sollte.

Heute – am 26. November – hat sich diese Planung geändert. Als wir aufwachten, wehten im ganzen Lande die Fahnen auf Halbmast. Am Abend zuvor war Fidel gestorben.

Er war einer der ganz großen des 20. Jahrhunderts – getragen von der

Verehrung und Liebe des übergroßen Teils seines Volkes und vieler Millionen Menschen darüber hinaus – und als unbeugsamer Revolutionär gehasst und mit Mordversuchen verfolgt von denen, die auch auf Kuba den Sozialismus beseitigen wollen.

Bei unserer Ankunft erlebte ich eine Überraschung: Bevor ich es richtig erfassen konnte, fand ich mich in den Armen von Alberto wieder. Genauer: Dr. Alberto Sutzarte. Er hatte uns bereits auf der Reise zum 50. Jahrestag der Revolution begleitet. Als ich ihm nach einigen Tagen meinen Bericht über die damalige Reise zeigte, revidierte er sich mit einem Text über seine Aufenthalte in Deutschland, sein Studium in der DDR und seine späteren Reisen in die BRD. Gerade wegen der aktuellen Ereignisse steht ein Auszug aus seinem Text an Stelle meines Berichtes (siehe Seite 12).

Einen Punkt will ich allerdings ergänzen: Das Cuba-Sí-Projekt in der Provinz Guantánamo konnten wir wegen der Schäden des Hurri-



cans Matthew nicht besuchen. Bei einer Begegnung in Guantánamo (der kubanischen Stadt, nicht dem US-Stützpunkt) sahen wir Bilder von den Zerstörungen. Kuba wurde nach diesem Hurrican kaum von den deutschen Qualitätsmedien erwähnt. Vielleicht auch, weil der ausgezeichnete kubanische Zivilschutz erreichte, dass es hier keine Todesopfer gab.

Die Schäden sind jedoch enorm. Wer kann, sollte mit seiner Spende dazu beitragen, dass dem Cuba-Sí-Projekt in der Provinz Guantánamo schnell geholfen werden kann.

Dr. Artur Pech, Schöneiche

Zerstörte Ziegelschmelze im Cuba Sí-Projekt in Imías

Spenden bitte an:
 • DIE LINKE/
 Cuba Sí
 • IBAN: DE06 1005
 0000 0013 2222 10
 • BIC:
 BELADEBEXXX
 • Verwendungszweck: „Milch für Kubas Kinder/Guantánamo“

Planung ist alles!?

Rote Reporter bereiten sich auf den kommenden Bundestagswahlkampf vor



Am 12. und 13. November 2016 trafen sich im Jugendbildungszentrum Blossin die Roten Reporter Brandenburgs zu einer Weiterbildungsveranstaltung, die der unmittelbaren Vorbereitung auf den bevorstehenden Bundestagswahlkampf diente. Es ging darum, auszuloten, welche Chancen dabei unsere *Kleinen Zeitungen* – wie der *Widerspruch* – bieten und was zum Gelingen zu leisten ist.

Unmittelbar nach dem 11. 11. sollte also seriös gearbeitet werden. Berit Christophers als gelernte Journalistin und Klaus-Dieter Heiser von der Bundesarbeitsgemeinschaft Rote Reporter hatten einen Plan.

Welche Gedanken sind notwendig, um effektiv die *Kleinen Zeitungen* in den Wahlkampf einzubinden.

Alles begann mit einem langen leeren Papierstreifen, auf dem zum Abschluss der Rahmen für einen Wahlkampfplan erkennbar werden sollte. Un das frei nach dem Motto: „Planung ist alles! – Jedoch ohne Flexibilität ist alles nichts!“. So entwickelten sich die einzelnen Gesprächsrunden, weil journalistische Laien manches nachfragen müssen. Die Themen Zeitung und Wahlkampf besitzten reichlich Gesprächsstoff und auch Klärungsbedarf.

Quintessenz ist, dass man von den Berliner Wahlkämpfern vieles lernen kann, so auch von der kleinen Stadtbezirkszeitung *Neu-Köllnisch*, die alle zwei Monate erscheint und mit pfiffigen Ideen, wohl überlegtem Layout und hohem Wiedererkennungswert zu einem wahren Reißer wurde. Immerhin wurden 20 000 Exemplare der Ausgabe direkt vor der Wahl von den GenossInnen im Straßenwahlkampf von Hand zu Hand verteilt! Überhaupt wurde ange-regt, sich einmal mit den Berli-

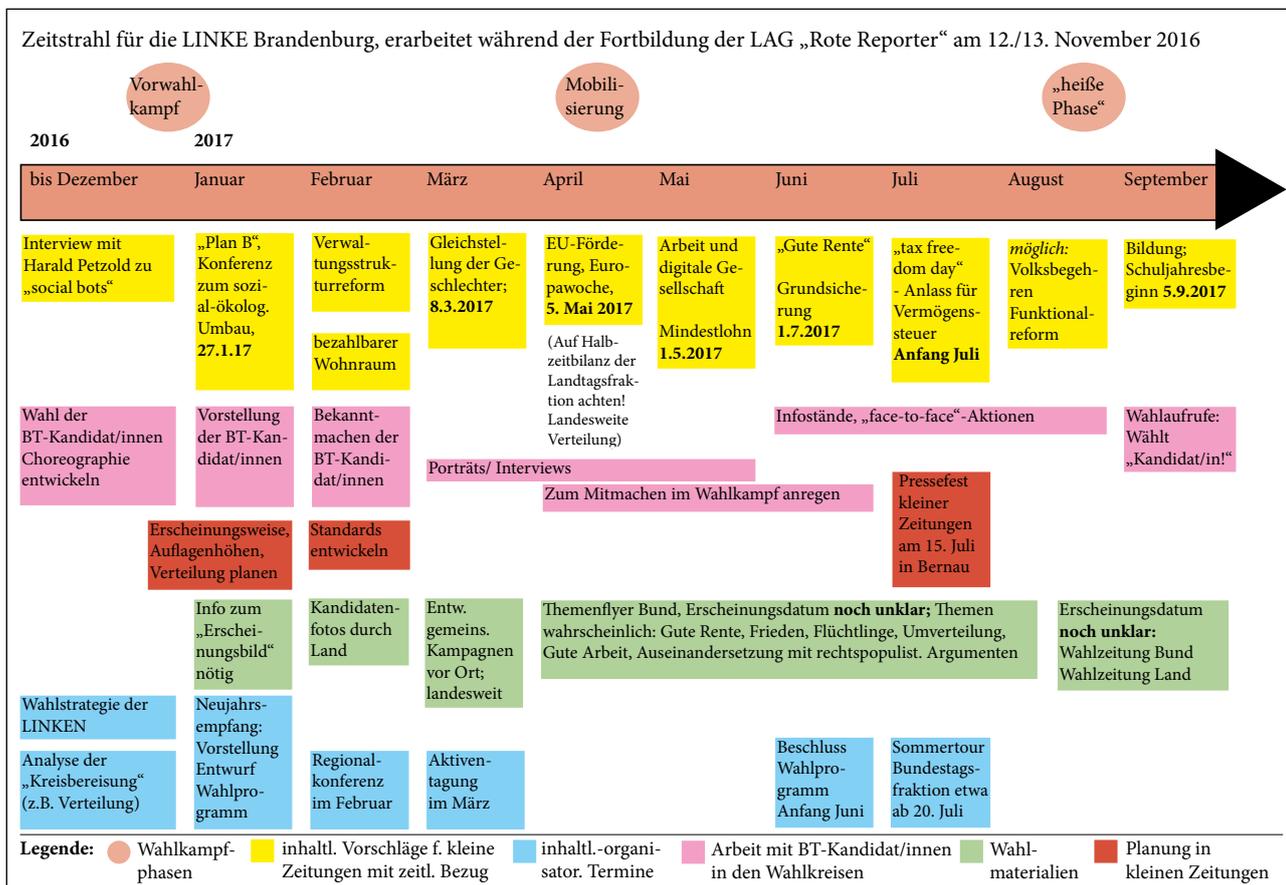
nern zum Erfahrungsaustausch zusammenzusetzen.

Thomas Nord als Landeswahlleiter musste einräumen, dass momentan noch nichts klar ist – kein Wahltermin, keine Wahlstrategie, kein Wahlprogramm. Er vermittelte seine Sicht der Dinge, so dass doch die leere Wand mit ein paar Eckpunkten gefüllt werden konnte. Dabei halfen am zweiten Tag auch Harald Petzold, medienpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der LINKEN, Alexa Lamberz, Pressesprecherin Landtagsfraktion und Maria Strauß, Pressesprecherin des Ministeriums der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz. Ihnen legten wir auch unsere Wunschliste an konkreten Informationen vor und erhielten das Versprechen für ihre Unterstützung. Letztlich fassten wir unsere Überlegungen zusammen und so füllte sich das Papier.

Damit zeigte sich, dass die Praxis eben ein guter Lehrmeister ist, denn was bei der letzten Weiterbildung sperrig als Redaktionsplan besprochen wurde, entwickelte sich zu einer gut gefüllten Zeitschiene mit Terminen, Themen und Höhe-

von
Frithjof Newiak,
Cottbus, Redaktion
Herzblatt, LAG
Rote Reporter

Foto: Axel Claus
Grafik:
Berit Christophers



punkten, an denen die Zeitungen aktiv werden sollten.

Damit war das zwar ein sehr arbeitsreiches Wochenende, aber in sehr angenehmer Umgebung – Blossin ist immer eine Reise wert – und in schöpferischer Atmosphäre verbunden mit Spaß und Freude. Alle konnten bepackt mit neuen Ideen und motiviert nach Hause fahren.

BEI ANDEREN GELESEN

Oops! ... They Want It Again

Ob linke Parteien regieren sollen, ist eine der meist-diskutierten Fragen innerhalb der europäischen Linken überhaupt

Bei einer Vorstandssitzung der Linksfraktion des Europäischen Parlaments in Erfurt haben regierungserfahrene Linke gemeinsam dafür geworben, nicht in der Opposition zu verharren.

Von Sebastian Haak, Erfurt

In dem Land, das manche innerhalb der Linksfraktion des Europaparlaments inzwischen als „Bodolanien“ bezeichnen, hat der Koalitionsvertrag zwischen Linkspartei, Sozialdemokraten und Grünen etwas mehr als 100 Seiten. Eng bedruckt. Vorne drauf prangen als Titel die Worte: „Thüringen gemeinsam voranbringen – demokratisch, sozial, ökologisch“. Schwere Lektüre. Bei mehr als 100 Seiten nicht nur inhaltlich. Sondern im wahrsten Sinne des Wortes. Aber nach dem, was Linke aus ganz unterschiedlichen Regionen Europas am Donnerstag in Erfurt erzählen und sich gegenseitig raten, ist diese schwere Lektüre vielleicht auch ein Garant dafür, dass die erste Regierungskoalition in Deutschland unter Führung der deutschen LINKEN seit nunmehr fast zwar Jahren funktioniert. Die Verantwortung, die das bedeutet, wollen – grundsätzlich gedacht – neben Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow, der Namenspatron von „Bodolanien“, auch die anderen Linken nicht abgeben, die sich an diesem Tag zu Wort melden. Weil Regieren offenbar doch etwas mit einem der ersten Hits der US-Popsängerin Britney Spears zu tun hat: Oops! ... I Did It Again!

Freilich darf man sich dabei auch keinem falschen Eindruck hingeben: Ob linke Parteien regieren sollen, ist innerhalb linker Bewegungen auf dem gesamten Kontinent eine der umstrittensten Fragen überhaupt; besonders, weil diese Frage das Fundament des linken Selbstverständnisses berührt. Oder erschüttert. Immerhin streiten Linke überall in Europa dafür, „eine andere Gesellschaft“ zu schaffen, wie das im deutschen, linken Duktus heißt. Denn, fragen die Zweifler der Regierungsstrategie: Ist dieses Streiten für „eine andere Gesellschaft“ unter „neoliberalen Rahmenbedingungen“ – noch so eine Formulierung aus

dem deutschen linken Vokabular – überhaupt möglich, die ja nicht verschwinden, nur weil Linke in Thüringen, in Griechenland, in Zypern oder in Finnland auf regionaler oder nationalstaatlicher Ebene Regierungsverantwortung übernehmen?

Die Antwort auf diese Frage, die bei dieser Tagung des Vorstands der Linksfraktion des Europäischen Parlaments – die mit dem unaussprechlichen GUE/NGL abgekürzt wird –, immer wieder gegeben wird; auf Deutsch, auf Griechisch, auch Finnisch; immer übersetzt in die eine oder die andere Sprache, so wie das in Europa üblich ist: Ja, dieses Streiten für eine andere Gesellschaft aus Regierungsverantwortung heraus macht Sinn, auch wenn es dabei immer nur Schritt für Schritt vorwärts gehen kann und sich aus Koalitionen heraus niemals Parteiprogramme umsetzen lassen. Selbst aus Alleinregierungen heraus ist das schwierig. „In der Regierung zu sein, bedeutet nicht unbedingt Macht zu haben“, sagt der Zypriener Neoklis Sylikiotis.

In Sylikiotis' Heimatland hat die Linke das unmittelbar erlebt, als seine Partei dort mitregiert hat. Die Verwaltung des Landes sei durchgesetzt gewesen mit „Vertretern der Rechten“, sagt er. Menschen also, die wenig begeistert von der Idee waren, politisch linke Ideen in konkretes Verwaltungshandeln umzusetzen – und es den Linken deshalb schwer machten. Das ist eine Erfahrung, die zumindest ein Stück weit auch Susanne Hennig-Wellsow, die Partei- und Fraktionsvorsitzende der LINKEN in Thüringen, macht – und die auch zugibt, dass die Thüringer LINKE unterschätzt hat, wie schwer es ist, die eigenen politischen Vorstellungen in der Regierung durchzusetzen.

Man habe während der 25 Jahre Oppositionsarbeit nicht gesehen, „wie verregelt dieser Staat ist“. Für „jedes kleinste Detail“ gebe es Gesetze, Verordnungen, Ausführungsbestimmungen, sagt sie. „Da werden auch eine oder zwei Legislaturperioden nicht reichen, um eine Gesellschaft wirklich umzugestalten.“ Was für Hennig-Wellsow allerdings nur ein Grund mehr ist, dass linke Par-

teien so immer sinnvoll und möglich, Regierungsverantwortung übernehmen sollten. Irgendwann, argumentiert sie, müsse man schließlich mal anfangen mit der „anderen Gesellschaft“.

Dass Regieren dabei nicht mit Selbstaufgabe linker Ideen gleichzusetzen ist, darauf beharren alle, die an diesem Tag in Erfurt sprechen – obwohl links-interne Kritiker diese Behauptung regelmäßig mit vielen, vielen Beispielen aus dem Alltag von Regierungen mit linker Beteiligung widerlegen; zu allererst vielleicht damit, dass sich auch eine linke Regierung in Griechenland auf die europäische Sparpolitik einlassen musste, die gar nicht links ist. Oder damit, dass auch die linksgeführte Landesregierung in Thüringen Flüchtlinge abschiebt. Weil sie es nach geltendem Bundesrecht muss.

Die Lesart, die diejenigen, die schon einmal Regierungsverantwortung hatten oder gerade haben, gegen solche Alltagsbeispiele setzen, lautet: Man muss trennen zwischen Partei und Regierung. Zwischen Parteiprogramm und Regierungsprogramm. Was Ramelow an diesem Tag so erklärt: Er wolle keinen Streit zwischen den Koalitionspartnern in Thüringen am Kabinetttisch haben. Meinungsverschiedenheiten müssten von den Parteien geklärt werden, ehe ein bestimmtes Thema die Regierungszentrale erreiche.

Wozu es durchaus passt, was die Finnin Merja Kyllönen, an diesem Tag rät: dass linke Parteien bei Regierungsverantwortung präzise für sich definieren sollen, was für sie „rote Linien“ sind. Und diese den Koalitionspartnern und den Medien gegenüber deutlich zu machen; zum Beispiel über einen sehr detaillierten, viele Seiten umfassenden Koalitionsvertrag. Das vor allem auch, weil ein Koalitionsvertrag immer auch ein Plan ist. „Wenn Du in die Regierung gehst ohne einen realistischen Plan, hast Du schon verloren“, sagt Kyllönen.

Wobei sich ein linker Plan für die Regierung, argumentiert Hennig-Wellsow, nie nur auf das Regieren beschränken dürfe. Regierung zu sein, sagt sie, sei für Linke nur ein Weg unter vielen, um ihre Ziel zu verwirklichen. „Keine Partei,

gleich in welchem Land, darf sich alleine auf das Regieren beschränken.“ Linke müssten ihre Positionen und vor allem ihren Widerstand gegen Rechtsextreme und Rechtspopulisten immer auch auf die Straße tragen. Ohne das Regieren wollen zu lassen; das ausweislich dieser Vorstandssitzung ohnehin jeder wieder tun will, der es schon einmal getan hat. Oder, um es in Anlehnung an Britney Spears zu sagen: Oops! ... They Want It Again.

Quelle *neues deutschland*, 18. 11. 2016, Seite 6

Die Antennen sollten schnell neu justiert werden

Leserbrief zu „Sozialisten sind keine Engel“, *neues deutschland*, 26./27.11., S. 13

Wir Mitglieder der LINKEN haben es in Brandenburg gegenwärtig schwer, unseren Anspruch vor der Regierungsbeteiligung, es besser zu machen als die Vorgängerkoalitionen, aufrechtzuerhalten. „Ihr seid auch nicht besser“, ist der mildeste Vorwurf, den wir uns von Wohlmeinenden und Sympathisanten anhören müssen.

„Ihr“ ist damit stellvertretend gemeint für jene, die jahrelang das Bild unserer Partei in der Öffentlichkeit positiv geprägt haben und unerwartet mit schwer nachvollziehbaren Handlungen oder Unterlassungen das Bild des „raffgierigen Politikers“ bedienen. Der Schaden ist unübersehbar, siehe die Ergebnisse der jüngsten Landrats- und Bürgermeisterwahlen im Landkreis Oder-Spree.

DIE LINKE in Brandenburg wird es schwer haben, das von früheren Mandatsträgern und Ministern leichtfertig verspielte Vertrauen zurückzugewinnen. Die Antennen, von denen Andreas Fritsche spricht, sollten schnell neu justiert werden. Ein „weiter so“ führt uns in die Bedeutungslosigkeit.

Gottfried Walther, Erkner

Quelle: *nd*, 30. 11. 2016

von
Hagen Weinberg,
Sprecher der SODI-
Gruppen entlang der
Oder

Leserbrief von Hagen Weinberg SODI Eisenhüttenstadt

Auch 2017 Hilfsprojekte für Tschernobyl-Geschädigte in Belarus

Liebe Leser des Widerspruch – ich möchte mich vor dem Jahresende nochmals zu Wort melden. Im Jahr 2016 haben wir von den Linken und ihren Sympathisanten aus LOS für die SODI-Projekte in der Tschernobyl-Zone von Belarus eine besonders große Unterstützung bekommen. Dafür nochmals ein großes Dankeschön.

30 Jahre nach dem Reaktorunfall sind eine lange Zeit am Leben eines

Menschen gemessen. Betrachten wir aber nur ein radioaktives Element, Cäsium 137, welches durch Kernfusionen freigesetzt wird und über die Nahrung aufgenommen krank macht, wird das freigesetzte Element noch 270 Jahre auf Menschen einwirken! Da sind Kontinuität, Ausdauer, Verlässlichkeit gefragt. Kinder, die heute noch nicht geboren sind, werden auch noch solidarische Unterstützung benötigen.

Als SODI-Gruppe werden wir auch 2017 wieder in der Öffentlichkeit arbeiten. Um die Hilfsprojekte weiterführen zu können, sind wir auf das Mitwirken vieler Menschen angewiesen. Wir wollen aber auch immer wieder auf Zusammenhänge aufmerksam machen, diese verdeutlichen und Erkenntnisse in Aktivitäten münden lassen.

Frieden steht an erster Stelle. Atomwaffen, Atommunition, Waffensysteme, ihr Einsatz in den vielen Kriegsgebieten der Erde ist verwerflich. Unsere Gruppenmitglieder werden auch 2017 dabei aktiv sein und weitere Unterschriften für die Petition „Atomwaffen-Stationierung in Deutschland beenden!“ an die Bundestagsabgeordneten sammeln. Unser SODI Vorsitzender, Rolf Sukowski, übergab am 27. Oktober diesen Jahres 1060 Unterschriften an den

Parlamentspräsidenten des Europäischen Parlaments, Herrn Dr. Schulz, die im Rahmen der Tschernobyl-Woche 2016 gegen die Subventionierung von Atomkraftwerken durch die Europäische Union gesammelt wurden. Gleichzeitig wies Rolf Sukowski auf das widersprüchliche Verhalten des Europäischen Parlaments hin, das einerseits Schirmherr für die europaweite Tschernobyl-Woche 2016 war und andererseits den Bau von Atomkraftwerken subventioniert.

Ein zweites Problem, welches mich bewegt, ist der sich immer mehr zeigende Rechtsradikalismus. Ich bin der Auffassung, das lehrt uns auch die Geschichte, der Rechtsradikalismus darf nicht losgelöst von der sozialökonomischen Entwicklung betrachtet werden. Hier erleben wir eine gefährliche Entwicklung. Das ist einmal die ungerechte Verteilung des erarbeiteten Bruttosozialprodukts innerhalb der Länder, geschweige zwischen den Ländern dieser Erde. Das ist auch Krieg, was sich hier abspielt! Hier sterben Menschen, haben Kinder keine Zukunft. Eine „intelligente“ Art der neuen wirtschaftlichen Kriegsführung gegen die Völker (Menschen) gerichtet. Persönlich betrachte ich die geheim ausgehandelten Freihandelsabkommen CETA, TTIP u.a. als gefährliche Entwicklung für die Zukunft! Wir sollten beide Komplexe in das Wahljahr 2017 nehmen. Ich werde die Kandidaten für die Parlamente an der Haltung zu diesen Fragen – Frieden, Verteilung des erarbeiteten Vermögens und zu den bekannten und verheimlichten Freihandelsabkommen – messen.

Ich bin erleichtert, dass die Linken eine rote Linie für ihr politisches Wirken gezogen haben und die sozialen Fragen einen Schwerpunkt bilden.

Zum Abschluss möchte ich eine Einladung aussprechen (siehe Kasten links).

Allen Lesern des Widerspruch wünsche ich besinnliche Tage für die Weihnachtszeit und ein gesundes neues Jahr. Gemeinsam sind wir stark!

Nahes, doch weitgehend unbekanntes Land entdecken

Das kann sich für Sie schnell ändern, wenn Sie mit uns eine etwas außergewöhnliche Busreise in den Herbst nach Belarus (Weißrussland) im Oktober 2017 antreten.

„Begegnungen mit Geschichte, Kultur, Sport, Natur und Menschen in und bei Brest, Stary Lepel, Lode, Witebsk, Chotyn, Minsk erwarten Sie vom 22. Oktober bis 3. November 2017“, heißt es in der Ausschreibung.

Wir können Gastfreundschaft hautnah erleben, aber auch einen Einblick in das Engagement der SODI-Gruppen entlang der Oder vor Ort bekommen und dabei auch Nastjas Heimatstadt Witebsk näher kennen lernen. Es wird viele interessante Erlebnisse geben, auch mit Möglichkeiten der individuellen Programmgestaltung. Das kann ich versprechen, da ich schon mehrfach mit solch einer Reisegruppe in Weißrussland weilte.

„Das Beste aber, dem Du begegnen wirst, das werden die Menschen sein.“ (Theodor Fontane)

Wer nähere Informationen möchte, wendet sich bitte an Hagen Weinberg, Leopoldufer 2 in 15230 Frankfurt (Oder).



Zeichnung: Klaus Struttmann



Von Menschen, die den Fischen nachreisen

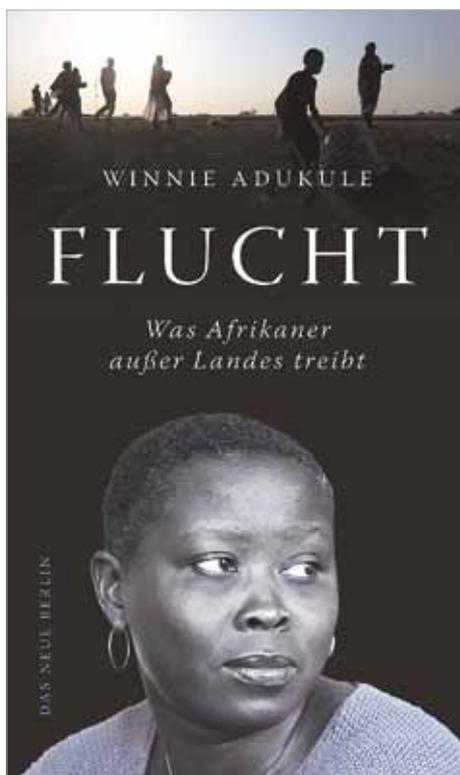
Unwissenheit ist ein Herrschaftsinstrument

Mehr als sechzig Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. In den Metropolen des Kapitals, Berlin inklusive, wird gefordert, man müsse die Fluchtursachen bekämpfen. Und zieht Zäune, um die Besitzstände vor den Flüchtlingen zu sichern. Gekämpft wird auch. Aber nicht gegen die Ursachen. Denn diese sind von eben diesen Pharisäern verschuldet. Ohne die Waffen aus den Industriestaaten würde es keine andauernden Kriege und bewaffneten Konflikte geben, ohne rücksichtslose Plünderung der Ressourcen keine Notstände, ohne die als Entwicklungshilfe verschleierte Unterstützung korrupter Regime keine Ausbeutung und Unterdrückung ganzer Völker, ohne Abschottung der Märkte des reichen Nordens keine Perspektivlosigkeit für die nationale Wirtschaften im Süden ... Mit einem Wort: Um die Fluchtursachen erfolgreich zu bekämpfen, müsste sich der Kapitalismus selbst abschaffen, denn er ist die Wurzel allen Übels. Das aber wird er freiwillig nicht tun.

Ohne es so deutlich zu sagen, werden diese Zusammenhänge in einem ungewöhnlichen Buch bewusstmachen. Recherchiert und geschrieben hat es eine Bürgerrechtlerin und Menschenrechtsaktivistin aus Kampala. Winnie Adukule vom Volk der Lugbara, das im Nordwesten Ugandas lebt, hat in ihrer Heimat und in den USA Jura studiert und eine Zeitlang im Antikorruptionsausschuss der UNO gearbeitet. Jetzt führt die 39-jährige eine Kanzlei im Stadtteil Kololo in der ugandischen Hauptstadt. Ihr Augenmerk gilt dort den Kindern, den heimat- und obdachlosen, den verstoßenen und den zu Unrecht juristisch verfolgten. Aktuell ist Adukule dabei, gemeinsam mit Freunden aus Norddeutschland ein Heim für etwa sechzig Straßenkinder aufzubauen. Sie sollen dort lernen, beruflich ausgebildet und aufs Leben vorbereitet werden.

Die Entscheidung für ein solches Projekt ist dem Wissen geschuldet, daß ein Großteil der Zuwendungen von Hilfsorganisationen in den weitverzweigten Kanälen der Verwaltungen – sowohl der Organisationen selbst wie auch in der staatlichen Bürokratie – verschwindet. Das gilt auch für die internationalen „Entwicklungshilfen“. Damit wird in Uganda wie in anderen Staaten der Haushalt gestreckt und die nationale Bourgeoisie ausgehalten: Sie sorgt schließlich dafür, dass alles so bleibt, wie es ist, und das Land von ausländischen „Investoren“ ungestört weiter ausgeplündert werden kann. Projekte wie dieses Heim, organisiert von schwarzen und weißen Idealisten, sind eine Reaktion auf die in Jahrzehnten gewachsenen Strukturen des etablierten Neokolonialismus. Es ist Hilfe zur Selbsthilfe, die direkt und ohne Umwege geleistet wird. Der Verein „Freechild Uganda e.V.“ sammelt Sach- und Geldspenden, und Freiwillige gehen eine Zeitlang als Lehrer, als Handwerker, als Ausbilder nach Kampala in das dortige Heim.

Winfred „Winnie“ Adukule und ihre Mitstreiter sind sich bewusst, dass sie Sympto-



me bekämpfen, nicht die Ursachen des Übels. Aber irgendwo und irgendwie muss man beginnen, die Gesellschaft zu verändern. Zumindest in Uganda keine organisierte politische Kraft gibt, die sich einen wirklichen Umbruch auf die Fahnen geschrieben hat. Die Parteien, die es zu Dutzenden gibt, sind Wahlvereine mit Häuptlingen, die allen alles versprechen und doch nur an die eigene Wohlfahrt denken. Seit 30 Jahren herrscht Präsident Museveni, er wurde erst im Februar für weitere fünf Jahre im Amt bestätigt. In ihrem Buch berichtet Winnie Adukule von Gesprächen mit vielen Menschen im Land – vornehmlich mit jungen Leuten, die nach Europa wollen, weil sie hinter dem Mittelmeer den Garten Eden wännen, denn solches verheißt die Werbung und die Bilder auf Facebook, die ihnen Freunde von dort schicken zum Beweis, wie erfolgreich sie dort angeblich sind. In Uganda sehen sie für sich keine Zukunft: keine Arbeit, keine Wirtschaft, keine Infrastruktur, nicht eine einzige Bahnverbindung existiert.

Die großgewachsene, intelligente und selbstbewußte Autorin interviewte aber auch Menschen, die enttäuscht und mit der Einsicht aus dem Norden zurückkehrten, dass sie die dort Lebenden nicht noch reicher machen, sondern sich besser für die Entwicklung Ugandas engagieren sollten. Zu Adukules Gesprächspartnern gehörten ebenso Flüchtlinge – Uganda hat aus den Nachbarstaaten, in denen blutige Bürgerkriege toben, etwa anderthalb Millionen Menschen aufgenommen. Sie suchte Flüchtlingssiedlungen auf, sprach mit Vertretern von Hilfsorganisationen und auch mit Di-

plomaten aus Europa. So entsteht aus vielen Puzzlesteinen ein sehr detailliertes Bild.

Wir erfahren viel Unbekanntes über die gesellschaftlichen Zustände und über erschütternde Schicksale, über das Denken und die Motive der Menschen, über die Gründe, warum sie nicht nur aus ihrem Land, sondern gleich aus Afrika weg wollen. Erschreckend die Naivität und das Unwissen der potentiellen Wirtschaftsflüchtlinge und deren Angehörige über das, was sie erwartet. Bemerkenswert aber sind vor allem die Stimmen von Rückkehrern. Sie haben einen Erfahrungsvorsprung. Sie haben nicht nur über den Tellerrand geschaut, sondern auch Wissen akkumuliert, mit dem sie nüchtern und selbstkritisch die Lage analysieren. Dass diese so ist, wie sie ist, halten sie sich und ihren Landsleuten vor. Es habe sich durch die Alimentierung durch die alten und neuen Kolonialmächte eine lethargische Nehmer-Mentalität entwickelt. Statt ihr Geschick in die eigenen Hände zu nehmen, halten sie diese nur auf und warten auf die Brosamen. Sie kennen nichts anderes. Doch ihre Unwissenheit ist nicht selbstverschuldet, sondern in dieser werden sie bewusst gehalten. Dummheit ist ein Herrschaftsinstrument der Reichen. Im Buch wird Isaac Senyonga zitiert, der meint, dass wohl drei Generationen nötig seien, um hier einen notwendigen kulturellen Bruch zu vollziehen. Das A und O sei dabei Bildung, Bildung, Bildung. Im Victoriasee, den sich Uganda mit Kenia und Tansania teilt, wurde der Victoriabarsch ausgesetzt, weil das weiße, schmackhafte Fleisch in Europa sehr begehrt ist. Nach Kaffee ist der Fisch das zweitwichtigste Exportgut Ugandas. Der Barsch frisst sich durch den See und hat inzwischen nahezu alle anderen Arten, von denen die einheimischen Fischer lebten, ausgerottet. Die Fischfabriken rund um den See gehören indischen oder chinesischen Kapitalisten, die wie überall im Land das Erbe der britischen Kolonialherren angetreten haben und sie an Arroganz und Kaltschnäuzigkeit oft noch übertreffen. Sie verdienen durch den Export Millionen, die Fischerdörfer hingegen verarmen und veröden. Die Menschen reisen den Fischen nach, die täglich nach Deutschland geflogen werden.

Das alles und noch viel mehr erfährt man aus dem informativen, ehrlichen Buch Winnie Adukules. Es ist geschrieben von einer Beteiligten und Betroffenen, einer Repräsentantin des neuen Afrika.

Ole Breitenbach, Berlin

Winnie Adukule,
Flucht. Was Afrikaner außer Landes treibt.
Mit Fotos von Frank und Fritz Schumann.
Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2016.
240 S., 14,99 Euro

entnommen aus *RotFuchs*, November 2016

Herzlichen Glückwunsch

zum Geburtstag im
Dezember 2016/Januar 2017



2. 12.	Christine Pech	Schöneiche bei Berlin	70 J.
3. 12.	Günter Großkopf	Erkner	86 J.
3. 12.	Erich Städter	Grunow-Dammendorf	84 J.
5. 12.	Erhard Rauer	Eisenhüttenstadt	85 J.
6. 12.	Henry Schostag	Eisenhüttenstadt	88 J.
10. 12.	Dr. Eberhard Sradnick	Lieberose, OT Leißnitz	60 J.
12. 12.	Günter Hofmann	Eisenhüttenstadt	82 J.
12. 12.	Hannelore Montag	Eisenhüttenstadt	88 J.
14. 12.	Waltraud Roller	Fürstenwalde	84 J.
24. 12.	Christa Blauschies	Fürstenwalde	89 J.
14. 12.	Helga Hamberger	Fürstenwalde	94 J.
14. 12.	Jörn Heinrich	Fürstenwalde	50 J.
17. 12.	Johannes Fenske	Storkow	90 J.
20. 12.	Andreas Fest	Eisenhüttenstadt	65 J.
20. 12.	Erika Zirpins	Eisenhüttenstadt	81 J.
22. 12.	Dorothea Lindig	Bad Saarow	83 J.
22. 12.	Christine Uhlig	Eisenhüttenstadt	85 J.
25. 12.	Siegfried Hernes	Fürstenwalde	86 J.
25. 12.	Prof. Dr. Hans Stürz	Erkner	83 J.
27. 12.	Christa Frank	Fürstenwalde	82 J.
28. 12.	Fritz Richard Viertel	Berlin	25 J.
29. 12.	Helmuth Scheidewig	Eisenhüttenstadt	86 J.
29. 12.	Günter Schulz	Eisenhüttenstadt	82 J.
30. 12.	Dr. Günther Sarge	Grünheide, OT Finkenstein	86 J.
2. 1.	Werner Förster	Steinhöfel, OT Beerfelde	81 J.
2. 1.	Kurt Herlitschka	Beeskow	87 J.
3. 1.	Gertrud Zucker	Bad Saarow	81 J.
4. 1.	Elisabeth Schaumann	Bad Saarow	87 J.
7. 1.	Dr. Hans-Peter Kozerski	Beeskow	70 J.
7. 1.	Edeltraut Lorenz	Woltersdorf	85 J.
11. 1.	Peter Gutte	Schöneiche bei Berlin	82 J.
13. 1.	Madeleine Werner	Eisenhüttenstadt	45 J.
14. 1.	Martin Gollmer	Fürstenwalde	86 J.
14. 1.	Irmgard Hensel	Eisenhüttenstadt	82 J.
16. 1.	Georg Sauer	Bad Saarow	85 J.
17. 1.	Dr. Dietrich Böhm	Woltersdorf	82 J.
17. 1.	Mirko Fölsch	Eggersdorf	40 J.
17. 1.	Friedrich Hrdina	Bad Saarow	81 J.
17. 1.	Margot Wesch	Woltersdorf	83 J.
20. 1.	Ruth Böhnke	Fürstenwalde	93 J.
21. 1.	Irene Friedrich	Eisenhüttenstadt	86 J.
23. 1.	Ursula Heinrich	Fürstenwalde	80 J.
27. 1.	Konrad Hannemann	Eisenhüttenstadt	84 J.
30. 1.	Gerhard Hielscher	Bad Saarow	88 J.
30. 1.	Klaus Rahne	Schöneiche bei Berlin	83 J.
30. 1.	Marlene Wegner	Woltersdorf	84 J.
31. 1.	Hans Lembke	Bad Saarow	93 J.

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24, E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: p-w-hochmuth@t-online.de;
Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: Elvira_strauss@web.de
Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2 500
Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de
Druck: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG, Venloer Straße 1271, Köln „WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 Euro, im Jahr 7 Euro). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE22170550503410533965, BIC: WELADED1LOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstr. 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

Bürgermeisterwahl in Schöneiche bei Berlin

Ergebnisse der Wahl am 27. November 2016:

1.	Ralf Michael Steinbrück SPD	1 959 Stimmen
2.	Ingo Röhl CDU	1 659 Stimmen
3.	Dr. Philip Zeschmann Listenvereinigung Unabhängige Bürger Schöneiche - BVB/FREIE WÄHLER	1 212 Stimmen
4.	Dr. Uwe Klett Listenvereinigung Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE	955 Stimmen

Am 11. Dezember 2016 wird eine Stichwahl zwischen Ralf Michael Steinbrück (SPD) und Ingo Röhl (CDU) durchgeführt.

Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 6. 12., genauen Zeitpunkt und Ort bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

Sitzungen im Januar 2017

■ Werksausschuss für den Eigenbetrieb KWU	3. 1., 17.30 Uhr, Fürstenwalde, Karl-Marx-Str. 11/12, KWU, Beratungsraum
■ Ausschuss f. Soziales u. Gesundheit	10. 1., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
■ Unterausschuss Jugendhilfeplanung	12. 1., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
■ Ausschuss für Ordnung, Recht, Landwirtschaft und Wirtschaft	12. 1., 18.00 Uhr, Frankfurt (O.), Müllroser Chaussee 76 c, Markendorfer Obst
■ Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport	17. 1., 17.00 Uhr, Tauche, OT Lindenberg, Herzberger Str. 21, Wettermuseum
■ Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr	8. 1., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
■ Jugendhilfeausschuss	19. 1., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
■ Ausschuss f. Haushalt u. Finanzen	23. 1., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
■ Kreisausschuss	25. 1., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Tagesordnungen und konkrete Versammlungsorte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages www.landkreis-oder-spree.de entnehmen.

Kreistag Oder-Spree

15. 2., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium

DIE LINKE Oder-Spree

■ Kreisgeschäftsstelle
Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde
Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr, Di. 10–12 u. 15–16 Uhr, Do. 10–12 Uhr, und nach telefonischer Vereinbarung
Kasse: Do. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Beeskow
Bahnhofstraße 29 • 15848 Beeskow
Telefon: (0 33 66) 2 02 02 • E-Mail: kontakt@linke-beeskow.de
geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Do. 14–16 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt
Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt
Telefon: (0 33 64) 4 42 51 • E-Mail: dielinke-ehst@t-online.de
geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

www.dielinke-oder-spree.de



Niedrige Miete statt hohe Rendite!
Miethaie zu Fischstäbchen!

14. November 2016:
Aktionswoche zur Kampagne „Das muss drin sein“
Fotos: Martin Heinlein

Veranstaltungstermine der LINKEN

- 7. Dezember 2016, ab 18 Uhr, Fürstenwalde, Mühlenstraße 15 (Rote Bank), **AfD-Stammtischparolen**. Eine Veranstaltung des kommunalpolitischen Forums e.V. mit MdL Dr. Volkmar Schöneburg und dem Diplom-Psychologen und Verhaltens- und Kommunikationstrainer Moritz Kirchner (ImproViT GbR). Es werden Muster völkischer Argumentationen und entsprechende Gegenstrategien aufgezeigt und Argumentationstechniken vermittelt. Link zur Veranstaltung: <https://www.facebook.com/events/598326123702388/>
- 16.-18. Dezember 2016, ganztags: **öffentlicher Kongress der Europäischen Linkspartei**, Berlin Congress Center GmbH, Alexanderstraße 11, 10178 Berlin, Programm: www.die-linke.de/politik/international/europaeische-linke/kongresse/fuenfter-kongress-der-el-in-berlin/
- 13./14. Januar 2017, Berlin, Kulturbrauerei, **Politischer Jahresauftakt 2017**, weitere Infos: <https://www.die-linke.de>
- 15. Januar 2017, ab 9 Uhr, Berlin-Friedrichsfelde, Friedhof, **Luxemburg-Liebke-Ehrung**, weitere Infos: <https://www.die-linke.de>
- 15. Januar 2017, 14 Uhr, Berlin, Karl-Marx-Allee 131a (Kosmos), **Jahresauftakt der europäischen Linken 2017 – Gewerkschaften stärken Menschlichkeit (Antikommunismus zerstört)**

Das Widerspruch-Rätsel Dezember 2016 / Januar 2017

Winterfreuden

Im letzten Winterurlaub veranstalteten meine Enkelinnen Anna, Birthe und Clara ein Wettrodeln. Zu vor stellten sie Prognosen über dessen Ausgang.

Clara: Entweder Anna oder Birthe siegen.

Anna: Wenn Birthe Zweite ist, gewinnt Clara.

Birthe: Falls ich Letzte bin, ist Anna nicht Erste.

Ich: Entweder Birthe oder Clara wird Zweite.

Nach dem Rennen stellten wir fest, dass wir alle vier richtig prognostiziert hatten.

Wie war die Zielankunft?

MdL Volkmar Schöneburg verlost einen Gutschein im Freizeitbereich in Ihrer Nähe.

Einsendeschluss: 15. Januar 2017

Des Rätsels Lösung geht an:

DIE LINKE

Wahlkreisbüro Dr. Volkmar Schöneburg, MdL

Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde

oder per E-Mail an

volkmar.schoeneburg@linksfraktion-brandenburg.de

Der Gewinner wird im nächsten Widerspruch bekannt gegeben.

Zucker-Kasten



Lösung des Rätsels aus Widerspruch 11/2016

2	7	+	8	=	3	5
-			-		-	
1	0	+	5	=	1	5
1	7	+	3	=	2	0

Der ausgeloste Gewinner ist Detlef Fischer.
Herzlichen Glückwunsch!

Volkmar Schöneburg spendet Dir als Gewinn einen Wertgutschein in Höhe von 15 € für einen Besuch der SaarowTherme.

Danke Fidel für Dein Lebenswerk!



Der Zaun der kubanischen Botschaft war mit Blumen geschmückt, Kerzen brannten, jemand hatte ein Schild mit der Aufschrift „Gracias Fidel“ angebracht. Fast einhundert Kubafreunde hatten sich am 26. November 2016 in stillem Gedenken am Eingang der Botschaft versammelt. Sie wollten Abschied nehmen von einem standhaften Revolutionär, einem großen Internationalisten und einem vor allem in Lateinamerika und in den Ländern des globalen Südens hochverehrten Staatsmann. Fidel Castro war die Führungspersönlichkeit der kubanischen Revolution, sein Name ist zudem eng verbunden mit dem Integrationsprozess auf dem lateinamerikanischen Kontinent.

All jene, die sich für Unabhängigkeit, Frieden und soziale Gerechtigkeit einsetzen, verneigen

sich in tiefer Trauer vor Fidel Castro. Die kubanische Revolution war und ist ein Beleg dafür, dass eine bessere Welt als gesellschaftspolitische Alternative zum Kapitalismus möglich ist und erkämpft werden kann. Und es ist genau dieses Beispiel, das den Mächtigen dieser Welt Angst macht: das Beispiel eines kleinen Landes, das sich gegen übermächtige Gegner behauptet, ein Land, das seinen Prinzipien treu bleibt und souverän seinen eigenen Weg der Unabhängigkeit und des Sozialismus geht.

Wer Fidel Castro war, schreibt André Scheer in der „Jungen Welt“, lässt sich leicht beantworten, wenn man sich anschaut, „wer um den langjährigen kubanischen Präsidenten trauert und wer seinen Tod bejubelt“. Nachdem die Agenturen die Nachricht von Fidels Tod verbreitet hatten, ließen die anti-kubanischen Kräfte in Miami die Sektkorken knallen, der künftige US-Präsident Trump beeilte sich zu verkünden, die erreichten Verbesserungen in den Beziehungen zwischen den USA und Kuba wieder rückgängig zu machen, und die bürgerlichen Medien betonten in ihren Berichten immer und immer wieder ihre Kritik am kubanischen Gesellschaftsmodell, bezeichneten den Verstorbenen sogar als „Machtropolitiker“ „Tyrann“ und „Diktator“. Und in der Stunde der Trauer schmerzt es ganz besonders, wenn Menschen, die sich politisch links

verorten, in tiefer Unkenntnis die Beleidigungen, Plattheiten und Lügen der bürgerlichen Meinungsmacher einfach nachplappern.

Die Mitstreiterinnen und Mitstreiter der AG Cuba Sí trauern um den Comandante en Jefe. Der Tod Fidels wird die Aktivistinnen und Aktivisten der Solidaritätsgruppen in Deutschland, Europa und international noch enger zusammenschweißen und die Solidaritätsarbeit für das sozialistische Kuba und den Kampf für eine bessere Welt fortsetzen.

Bei der spontanen Trauerfeier für Fidel vor der kubanischen Botschaft in Berlin versicherte der kubanische Botschafter in der Bundesrepublik, René Mujica Cantelar, den Anwesenden, sein Land werde prinzipientreu den Weg der Unabhängigkeit und des Sozialismus weitergehen.



**Danke Fidel für Dein Lebenswerk!
Hasta la victoria siempre!**

*Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí
in der Partei DIE LINKE*

DOKUMENTIERT

Eine bessere Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung ist möglich!

Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, erklären zum Tod von Fidel Castro

Das war die feste Überzeugung von Fidel Castro. Viele junge Menschen sind in den 1960er Jahren vom Enthusiasmus der kubanischen Revolution inspiriert worden, gerade in ihrer Auseinandersetzung mit dem übermächtigen US-Imperium.

Die kubanische Revolution befreite Kuba von einer blutigen Diktatur unter Fulgencio Batista, die über 30 000 Menschen getötet hatte. Kuba war zuvor ein Ort, an dem die US-Mafia ein- und ausging. Großgrundbesitz, oft in Händen von US-Amerikanern, beutete die Landarbeiter maßlos aus. Schwarze waren einem System des Rassis-

mus unterworfen. Nie bekam die Landbevölkerung einen Arzt zu sehen und die Rate der Analphabeten überstieg die 70 Prozent.

Es gehört zur großen Leistung von Fidel und der kubanischen Revolution, Bildung und Gesundheit kostenlos für die gesamte Bevölkerung bereitzustellen. Trotz aller Krisen, insbesondere nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus, konnte Kuba das kostenlose Bildungs- und Gesundheitssystem aufrechterhalten und verbessern – und dies zu einem Zeitpunkt, als in ganz Lateinamerika unter dem Druck des Neoliberalismus die Bereiche Bildung und Gesundheit

privatisiert und große Teile der Bevölkerung dieser Länder ausgeschlossen wurden.

Fidel hatte die Vision eines Kuba, das ökonomisch unabhängig und sich rasch nach eigenen Maßstäben und Bedürfnissen entwickeln kann. Viele dieser Pläne konnten nicht eingelöst werden.

Dennoch bleibt es richtig: Emanzipation und Befreiung der Menschen hat die unabdingbare Voraussetzung, sich von der Kontrolle durch imperialistische Großmächte zu befreien. Selbst Fidels Gegner mussten seine standhafte Haltung gegenüber der mächtigen USA anerkennen. Auch wenn

Kuba viel Spielraum durch seine enge Anlehnung an die Sowjetunion verlor.

Danielle Mitterand, Frau des früheren französischen Präsidenten, sagte über ihn: „Aus diesem Mann macht man einen Teufel. Dabei ist er durch und durch ein Demokrat, der sein Volk liebt und sein Volk liebt ihn.“ (zitiert in: *Neues Deutschland*, 6. 5. 1996) Gemeinsam mit den Menschen in Kuba, Lateinamerika und überall dort, wo die kubanische Befreiungsbewegung einen emotionalen Wert besitzt, gedenken wir nicht unkritisch der großen Leistung dieses Revolutionärs.